

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zusatzaufzug monatl. 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., jährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Gerichts-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschiff u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbeileitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertergebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 14

Bromberg, Freitag, den 19. Januar 1934

58. Jahrgang

Der böse Ratgeber.

Tadeusz Katalbach empfiehlt die Entdeutschung des Memelgebiets.

Um die Verfolgungen des Deutschtums im Memelgebiet gewissermaßen zu rechtfertigen, veröffentlicht die „Gazeta Polska“, das führende Organ des Regierungsblocks, einen Aufsatz ihres Kownover Korrespondenten Tadeusz Katalbach, in dem dieser nicht unbekannte Publizist auf die Notwendigkeit hinweist, eine radikale Änderung der litauischen Politik im Memelgebiet einzutreten zu lassen, das die Rolle einer Lunge für Litauen spielt. Der Verlust dieses Gebietes könnte den Erstickungstod des litauischen staatlichen Organismus herbeiführen. Wir lesen in dem Artikel u. a. folgendes:

Für einen sehr großen Teil, wenn nicht für die Mehrheit der litauischen Meinung ist Memel für den Litauer eine Art „Ausland“ geblieben. Ein Litauer, der zum ersten Male nach Memel fährt, hat sich dorithin mit dem Gefühl eines Reisenden auf den Weg gemacht, der sich in ein fremdes Land begibt. Mit dem Augenblick, da die deutsch-litauischen Beziehungen eine allmäßliche Verschlechterung erfahren, und als sich nach dem Sieg der Nationalsozialisten herausstellte, daß Memel durch das Reich unverändert als „Deutscher Gebietsteil“ behandelt wird, singt man an, eine genaue Bilanz der vergangenen elf Jahre aufzustellen, wobei man zu dem Schluss kam, daß es so nicht länger bleiben könne. Diese Bilanz muß für die Litauer zweifellos sehr traurig sein. Nach den auf Grund der Volkszählung vom Jahre 1925 gemachten litauischen Berechnungen bilden die Litauer mit Einschlüsse der sogenannten Memelländer 51 Prozent der Gesamtbevölkerung des Memeler Gebiets. Indessen wiesen bei sämtlichen Wahlen, die auf diesem Gebiet stattgefunden haben, die litauischen Stimmen kaum jün bis achtzehn Prozent der Gesamtzahl der Stimmen auf und bei den letzten Wahlen zur Memelländischen Landwirtschaftskammer erwies sich die Zahl der litauischen Stimmen verschwindend gering. Dies läßt sich daraus erklären, daß im Memelgebiet auf die deutschen Listen nicht nur die Deutschen und Memelländer, sondern auch die Litauer gestimmt haben. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Litauer im Laufe der elfjährigen Herrschaft über Memel nicht imstande waren, das verdeckte Land durch litauische Intelligenz zu stärken. Die litauischen Lehrer bilden dort kaum 17 Prozent der gesamten Lehrkräfte. Auf die Gesamtzahl von 110 Arzten entfallen kaum drei Litauer. Unter den Memeler Rechtsanwälten kann man vielleicht einen oder zwei Litauer finden. Die litauische Bevölkerung im Memelgebiet ist evangelisch; doch die dortige evangelische Kirche ist von Berlin abhängig. Es fehlen litauische Pastoren, die bei der Entdeutschung des Landes eine sehr wichtige Rolle spielen könnten. Zu berücksichtigen ist noch die allgemein in Litauen bekannte Tatsache, daß die litauischen Beamten in Memel nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Es sei auch, so heißt es in dem Artikel weiter, nicht verwunderlich, daß die autonomen deutschen Behörden mit dem Memeler Direktorium an der Spitze offen und konsequent unter der Losung der Erhaltung des deutschen Charakters des Landes arbeiteten.

Der Kownover Korrespondent der „Gazeta Polska“ schließt mit der Feststellung, daß eine wesentliche Änderung in dem gegenwärtigen Bild der in Memel herrschenden Verhältnisse erst nach Jahren angestrengter Arbeit auf dem Gebiet einer kulturellen litauischen Aktion eintreten könnte. Zu dieser Arbeit könnten, nach Ansicht des Blattes, auch diejenigen Nationalisten im Staate herangezogen werden, denen der staatliche Anschluß des Memeler Gebiets mit dem übrigen Litauen ebenso nahe liegt wie den Litauern selbst.

*

Herr Katalbach hat mehrere Jahre in Berlin zugebracht und dort ein Buch über die Minderheiten geschrieben. Den Nimbus eines objektiven Beobachters der Volkskundesfragen hat „Pan Tadeusz“ mit dem vorliegenden Aufsatz bis auf den Rest zerstört. Er ging bisher im Schafkleide herum und läßt sich jetzt durch die Röntgenstrahlen, die von seiner eigenen Feder ausgehen, im Innern als reißender Wolf erkennen. Insfern sind wir für dieses perfide Produkt von Herzen dankbar; denn wir sind immer für Ehrlichkeit und Klarheit in der Politik.

Zu dem bösen Rat selbst, den Herr Katalbach den Litauern gibt, ist nicht viel zu sagen. Memel ist für den Litauer in der Tat ein fremdes Land, das Gebiet ist niemals litauisch gewesen, und wenn jetzt behauptet wird, daß der größte Teil der Litauer für die deutschen Listen stimmt, dann haben das eben auch die dort heimischen Litauer erkannt, die in ihrer erdrückenden Mehrheit längst germanisiert sind. Genau so wie Herr Katalbach ein Pole geworden ist, trotzdem — nach dem Namen zu schließen — seine männlichen Vorfahren deutschen oder jüdischen Stammes gewesen sein können.

Wenn unser „offiziöser“ Freund auch die anderen Minderheiten in Litauen, d. h. in erster Linie die Polen, zur Entdeutschungs-Politik anhiebt, dann stellen wir nur die einzige mögliche Gegenfrage: Welch mora-

Warnung vor dem schlauen Briten.

Begleitmusik zum deutsch-französischen Duett in Genf.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

In den polnischen politischen Kreisen hat ein im „Przeglad Polityczny“ (einer vom Außenministerium finanzierten Zeitschrift) veröffentlichter und von Stanisław Łoś, dem früheren Botschaftsrat in London verfaßter Aufsatz über das Verhältnis Großbritanniens zu Deutschland sichtbaren Eindruck gemacht, wenigstens nach dem Echo zu schließen, daß der Aufsatz in der polnischen Presse geweckt hat.

Der polnische Diplomat geht von dem Hinweis auf die grundsätzlich deutschfreundliche Haltung der englischen Politik aus. Er erinnert daran, daß am Vorlage des nationalsozialistischen Umsturzes in Deutschland die wichtigsten Zentren der „öffentlichen englischen Meinung“ für die Revision der deutschen Ostgrenzen gewonnen waren. Erst die im Gefolge des Umsturzes erfolgten Wandlungen haben die Engländer in dieser Frage etwas lauer werden lassen und deren Vertagung bis zu besseren Seiten bewirkt. Im Wesentlichen hat sich aber das Verhältnis der englischen Politik zu Deutschland und das Bestreben, diesem zum Aufschwunge zu verhelfen, nicht geändert. Alle diese Feststellungen dienen dem polnischen Diplomaten dazu, die polnischen Politiker darüber aufzuklären, wessen sich Polen von England zu versetzen habe. Die grundsätzlich prodeutsche Einstellung der englischen Politik wirkt sich nämlich im Verhältnisse zu Polen eindeutig aus! Die Rückerhaltung gebietet daher, daß man sich in Polen keinen Illusionen bezüglich eines Meinungsumschwungs in England zugunsten Polens hingeben, das für die Engländer ein Land sei, dem keine unmittelbare Bedeutung für das Imperium beigegeben werden könne.

Botschaftsrat Łoś polemisiert dann (in dieser Polemik gipfeln seine Darlegungen) gegen die Ansicht, daß eine Lockerung der polnischen Beziehungen zu Frankreich eine Änderung dieser Haltung Englands herbeiführen könnte. Er schreibt nämlich: „Wenn gesagt wurde, daß einer der Gründe der britischen Sympathien für die deutschen revisionistischen Tendenzen der begreifliche Wunsch sei, den größten Bundesgenossen Frankreichs zu schwächen, so ist dies nicht in der Weise zu verstehen, als ob die Lockerung der Polen mit Frankreich verknüpften Bande die revisionistischen Sympathien der Engländer schwächen könnte. Das ist keineswegs der Fall. Die Sache verhält sich direkt umgekehrt. Die Erfahrung lehrt, daß die britische öffentliche Meinung als günstigsten Moment dafür, die Frage der Revision der polnisch-deutschen Grenzen auf die Tagesordnung der praktischen Politik zu setzen, den Augenblick der Abhängigkeit der polnisch-französischen Beziehungen bzw. den Augenblick der polnisch-französischen Verstimmungen erachtet.“

Wenn das enge Bündnis zwischen Polen und Frankreich fortbesteht, dann würde die Revision soviel wie Krieg bedeuten. England möchte aber keinen Krieg. Übrigens — meint der polnische Diplomat bezeichnenderweise — würde der zu diesem Zweck entfesselte Krieg nicht die Revision der Grenzen zur Folge haben, sondern die französische Hegemonie auf dem Kontinent nur verstärken.

„Anders aber — so fährt Botschaftsrat Łoś fort — stellt sich die Sache dar, wenn infolge gewisser polnischer Reizbarkeiten oder infolge des französischen Pazifismus der Anschein auf die Möglichkeit einer Lockerung des Bündnisses schließen läßt. Dann beginnt die Spekulation auf die Neutralität Frankreichs, auf die Iso-

lierung und die wirtschaftliche Schwäche Polens, auf die Möglichkeit der Revision der Grenzen ohne Krieg, wenigstens ohne ernsthaften Krieg, im schlimmsten Falle mit einem lokalisierten Krieg außerhalb der britischen Verpflichtungen. Dann erscheint am Horizont das dem britischen Pazifismus angenehme Phantasiurgebilde: die Revision der Grenzen, die Befriedigung Deutschlands, die Isolierung des zu spät erüchtigten Frankreichs und die Lenkung der deutschen Expansion nach Osten, nicht nach dem geheimnisvollen, geräumigen, reichen Osten, nicht gegen Sowjetrußland, sondern gegen das wenig interessante Polen, aus dem man außer ein wenig Bacon, Zucker und Holz nichts ausführen und wohin man nicht viel verkaufen kann.“

Wozu diese Schwarzmalerei? Dazu, um den Polen zurückzurufen: Zurück zum orthodoxen Glarben in der politischen Außenpolitik, zur urwüchsig nationaldemokratischen Ideologie des allerengsten Auflammlerns an Frankreich unter Wahrung korrekter Beziehungen zu Russland und mit dem Traum von einer „selbständigen Politik“ und überhaupt fort mit allem stolzen „Sarmatentum“!

Zusätzlich oder vielleicht keineswegs zufälligerweise hat man in Warschau über den üblichen Pariser Umgang erfahren, daß in der Unterredung des polnischen Botschafters von Chlapowski mit Paul Voncour, die gleichfalls mit dem Besuch des französischen Botschafters beim Minister Beck vor dessen Abreise nach Genf erfolgt war, unter anderem das anziehende Thema der Allianztruppen besprochen worden sei, mit welchen der Völkerbund das Saargebiet „zur Sicherung der Abstimmung“ besetzen sollte und wobei Polen mitzuwirken hätte, nachdem Italien und England es abgelehnt hatten, sich an diesem eigenartigen Unternehmen zu beteiligen.

Das ist wohl eine der Errungenschaften, welche (nebst anderen, die den Pariser Korrespondenten der polnischen Presse noch unbekannt blieben) die geschmähte Politik des „sarmatischen Schmollens“ immerhin zu verzeihen hat. Die Franzosen sind eben nicht freigiebig, und mit weichlichem Nachgeben hat man in Geschäften mit ihnen kaum je etwas Rechtes erreicht. Aber da Polen und Frankreich gerade jetzt in Genf in erhöhtem Maße aufeinander angewiesen sind, und da Polen beim großen Spiel um die „Rettung des Völkerbundes“ hervorragende Gewinnchancen winken, kann das „Schmollen“ und die „sarmatische Eigenbrötelei“ vorläufig als ein erledigtes Kapitel angesesehen werden.

Um zu verhindern, daß die polnischen Politiker, die sich interessant machen wollen, mit Fragen herausspringen, die keinen aktuellen Sinn mehr haben, ist das Exposé des Ministers Beck in der Senatskommission vor der Genfer Fahrt unterblieben. Die Presse der Opposition hat sich dabei auffallend geduldig verhalten und damit den Eindruck verstärkt, daß jetzt in allen polnischen Kreisen Besichtigungen wegen der angeblichen „Lockung“ der Bindungen an Frankreich nicht mehr gehegt werden und daß ein helliges Vertrauen in die Zielsbewußtheit der außenpolitischen Führung Polens besteht. Als ein Beitrag zur Festigung dieser Vertrauensstimmung hat sich rechtzeitig der Aufsatz des oben genannten polnischen Diplomaten eingestellt, der den Londoner Boden studiert hat und nun die Schlagworte aus einer früheren Zeit, die schon ziemlich mit Staub bedeckt waren, wieder blank putzte, insbesondere das Schlagwort vom schlauen britischen Händler, von der „Gefahr“ einer friedlichen Lösung deutsch-polnischer Probleme und vom stets hilfsbereiten und naturnotwendig siegreichen französischen General.

lische Entrüstungsschreie würde Herr Katalbach wohl erheben, wenn ein Deutscher den Litauern den gleichen Ratshlag gegenüber der polnischen Minderheit gegeben hätte? Die „Moral“ des bösen Ratgebers würde sich dann gewiß in ihr Gegenteil verkehren!

Wenn den Litauern noch nicht die Entdeutschung Memels gelingen konnte, so halten wir das für keine „traurige Bilanz“. Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Völkerlebens. Wir nehmen zur Kenntnis, daß Herr Katalbach anders darüber denkt. Er bekannte sich zu ent-nationalisierender Gewalt. Bezeichnend dabei ist vor allem, daß der polnische Ratgeber den Litauern die Entdeutschung auf dem Umwege über die evangelische Kirche empfiehlt. O, dieser Bursche!

Litauen ohne eigene nationale Kultur? Ein Gegenstück zu Katalbachs Artikel.

In Litauen wurden vor kurzem Propaganda-Umschläge in den Verkehr gebracht, die auf einer Seite in fünf Sprachen die Aufschrift tragen: „Höret Völker der Welt! Wilna, die Hauptstadt Litauens, wurde von Polen geraubt!“ Auf der anderen Seite befindet sich eine Skizze, auf der das Wilna-Gebiet als Teil Litauens

dargestellt wird. Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ tritt den leitenden politischen Stellen Kownos, die etwas Verantwortliches duldeten, scharf entgegen und zeichnet diese Umschläge als ein neues Dokument des litauischen Wahnsinns. Im Zusammenhang damit bringt das Blatt einen Abschnitt aus dem Artikel des Kownover Universitäts-Professors Józef Albin Heraczewski, der Kowno verlassen mußte, da er die litauische Regierung kritisiert hatte. In diesem Artikel, der im „Tygodnik Ilustrowany“ erschienen ist, schreibt Heraczewski:

„Die Führer des unabhängigen Litauen haben den historischen Typ des Litauers abgelehnt (er ist zu sehr polnisch), verworfen haben sie die historische Kultur Litauens (dies ist eine von den Polen aufgeworfene Legende), abgelehnt haben sie auch die Tradition, die die Grundlage der englischen und der japanischen Kultur darstellt. Sie sind also plötzlich dahinter gekommen, daß Litauen eine nationale Kultur nicht besitzt (Kuriosum!). Im vergangenen Jahre begann in Kowno ein Diskussion über die nationallitauische Kultur und es stellte sich heraus, daß eigentlich Litauen seine eigene nationale Kultur noch nicht hat, daß diese erst gebildet wird. Wozu haben also die litauischen Chauvinisten mit Polen um die Reinheit der litauischen Kultur gekämpft? Um plötzlich festzustellen, daß es eigentlich eine rein litauische Kultur noch nicht gibt.“

In Litauen denkt man über dieses Problem begreiflicherweise ganz anders. Man rechnet den Polen vor, daß die litauische Kultur die Wiege der polnischen sei, wie der polnische Adel und die Elite der großen polnischen Persönlichkeiten, von Jagiello-Jogaila bis Piasten-Litauischen Ursprungs gewesen seien. Auch der größte polnische Dichter Adam Mickiewicz beginne sein Hauptwerk, den "Pan Tadeusz" mit dem Aufruf: "Litauen mein Heimatland!" —

Rätsel um eine Polenreise.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Unlängst gehärdeten sich einige Blätter des Sanierungslagers aussallend aufgeregt über den Aufenthalt des bekannten litauischen Politikers Professor Biržyska in Wilna. Dieser Aufenthalt des Präsidenten des "Verbandes zur Befreiung Wilnas" fiel gerade in die Zeit, als Marschall Piłsudski in Wilna weilte. Da Professor Biržyska mit maßgebenden Wilnaer Politikern konferierte, gab die gleichzeitige Anwesenheit des Marschalls in Wilna vermehrten Anlaß zu weitgehenden Vermutungen bezüglich des Zwecks und der Tragweite der Wilnaer Gespräche. Obwohl Näheres über dieses Thema aus Regierungskreisen nicht zu erfahren war, war doch auf Grund der letzten Aktionen am Baltikum ohne weiteres festzustellen, daß die Polnische Regierung energisch auf eine Fühlungnahme mit den Kownoer Faktoren hinarbeitet und bereits manche Angelegenheiten beträchtlich vorwärts gebracht hat.

In diesem Zusammenhange sind die Eröffnungen des litauischen Blattes "Lietuvos Žinios" über den Aufenthalt des Professors Biržyska in Polen bezeichnend und ausschließlich. Das Blatt schreibt:

"Es ist schwer anzunehmen, daß der polnische General in Riga Bečkowicz dem Professor Biržyska ein Einreisevisum gegeben hätte, wenn die Reise des Professors lediglich einen privaten Charakter gehabt hätte. Unmittelbar nach der Ankunft in Wilna hielt Prof. Biržyska Konferenzen mit Vertretern des Marschalls Piłsudski ab. In den polnischen Blättern wurden diese Beratungen nicht erwähnt, indessen ist es bekannt, daß Professor Biržyska in Wilna Gespräche mit Professor Wladysław, dem Redakteur Okulicki, dem Wilnaer Wojewoden u. a. hatte.

"Wie verlautet, haben die polnischen Unterhändler mit Professor Biržyska die Lage der Polen in Litauen, insbesondere Schulprobleme und die Frage der Laienbildung der Familiennamen besprochen. Hierauf fuhr Professor Biržyska nach Warschau, wo er — wie Gerüchte besagen — eine längere Konferenz mit dem Chefredakteur der "Gazeta Polska", Michniński, abhielt, dann mit dem Chef der Minderheitenabteilung im Innensenministerium und endlich mit dem Chef der Staatsabteilung im Ausßenministerium.

"Man sprach — so schreibt das Blatt weiter — auch von der Möglichkeit einer Konferenz des Professors Biržyska mit dem Außenminister Beck. Professor Biržyska hatte die Absicht, das litauisch-polnische Gesamtproblem auf umfassender Plattform aufzurollen, und es war ihm daran gelegen, daß diese Konferenz noch vor der Reise des Ministers Beck nach Genf stattfinde.

"In den Gesprächen mit den Persönlichkeiten in Wilna suchte Professor Biržyska die Erlaubnis zumständigen Aufenthalte in Wilna zu erwirken. Es sei aber — so erklärt das litauische Blatt — nicht bekannt, welche Antwort die Polnische Regierung auf dieses Verlangen ertheilt hat. Auch ist man in Unkenntnis bezüglich des Zwecks der Polenreise des Professors Biržyska.

Deutsch-französisches Handelsabkommen gekündigt.

Berlin, 18. Januar. (PAT) Am Mittwoch hat die französische Regierung durch Vermittlung ihres Botschafters in Berlin im Auswärtigen Amt eine Note mit der Mitteilung überreicht, daß der deutsch-französische Handelsvertrag vom Jahre 1927 mit dem Tage des Inkrafttretens der deutschen Verordnung über die Kontingentierung der französischen Waren, d. h. mit dem 19. Januar, gekündigt wird.

In derselben Note teilt die französische Regierung mit, daß sie bereit sei, neue Verhandlungen zur Regelung des deutsch-französischen Warenausbaus aufzunehmen. Die selbe Bereitwilligkeit wurde dem französischen Botschafter von der Reichsregierung mitgeteilt. Die französische Note kündigt weiter an, daß zur Vermeidung einer Verschärfung der Lage die französische Zollbehörde eine Instruktion über die Kontingentierung von deutschen Waren bis zu der anfangs vorgesehenen Höhe von 300 Millionen Franken erhalten hat.

Das deutsch-französische Handelsabkommen vom Jahre 1927 sieht eine dreimonatliche Kündigung vor, so daß das verpflichtende Abkommen mit dem 20. April seine Gültigkeit verliert.

Edens Rücktritt.

London, 18. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) "Daily Telegraph" meldet, daß der Unterstaatssekretär für Krieg, Earl Stanhope, zum Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten als Nachfolger des früheren Staatssekretärs Eden ernannt worden ist. Nachfolger von Earl Stanhope wird Lord Strathcona.

Stanhope ist 53 Jahre alt. Er hatte im Burenkrieg und im Weltkrieg bei den Gardegrenadiereen gedient. 1915 wurde er Generalstabsoffizier, 1918 parlamentarischer Sekretär des Kriegsministeriums. Im Jahre 1921 wurde er Unterstaatssekretär für den Krieg.

Vallan-Pakt endgültig beschlossen.

Die rumänische Rupta-Agentur verbreitet die Meldung, daß der Abschluß des Vallan-Paktes zwischen den vier Staaten Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei endgültig beschlossen worden sei. Bulgarien soll dabei die Möglichkeit belassen werden, diesem Pakt jeden Augenblick beizutreten.

Genfer Bundesgenossen:

Saarregierung — Genfer Rat — Separatisten

Genf, 18. Januar.
In Genf häufen sich die Versuche, den Völkerbundrat zu veranlassen, "besondere Schutzmaßnahmen" im Saargebiet zu treffen, um die durch "nationalsozialistischen Terror" angeblich bedrohte Freiheit der Abstimmung zu sichern. Dabei hat man ganz offensichtlich den Plan im Auge, die Fremdherrschaft im Saargebiet in der Abstimmungszeit durch Entsendung fremder Truppen oder Polizeikräfte noch zu verschärfen. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß auch der am Montag hier eingetroffene Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, der Engländer Knox, in Genf daran drängt, daß ihm derartige Machtmittel zur Verfügung gestellt werden.

Um für entsprechende Ratsbeschlüsse die notwendige Stimmung zu erzeugen, wird der angebliche Terror der Nationalsozialisten durch eine Fülle von Lügen, Entstellungen und Überreibungen glaubhaft zu machen versucht. Dabei zeigt sich ein enges Zusammenspiel zwischen den berüchtigten kleinen landesverräterischen Cliquen im Saargebiet und der Regierungskommission selbst. Eine angebliche Saarabordnung unter Führung der Landesverräter Max Braun und Petri ist in Genf eingetroffen. Sie bemüht sich, Völkerbundskreise und die hier versammelten internationalen Presseleute in diesem Sinne zu beeinflussen. Dabei schwant man noch zwischen der Forderung nach Verschiebung der Abstimmung um mehrere Jahre "bis zur Wiederherstellung einer freien Abstimmung" und einer Abstimmung, die unter fremden Bajonetten stattfinden soll. Auch außerhalb des Saargebietes wohnende deutsche Emigranten beteiligen sich an diesem üblen Spiel.

Zur Interaktion aller dieser Machenschaften ist am Dienstag vom Völkerbundsekretariat ein Schreiben des Präsidenten der Saarregierungskommission, Knox, an den Völkerbundrat bekanntgegeben worden, gleichzeitig mit einer Denkschrift der "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der saarländischen Interessen" und der "Saarländischen Wirtschaftsvereinigung", also ausgeprochen separatistische Organisationen, die hier in Genf den Anschein erwecken wollen, als ob beträchtliche Kreise der Bevölkerung hinter ihnen stünden. Es handelt sich um ein winziges Häufchen von Landesverrättern, die in engster Fühlung mit der französischen Propaganda stehen. Diese Landesverräter warten nicht nur mit den bekannten Lügen auf, sondern "bitten den Staat, der Regierungskommission des Saargebietes im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung sofort außerordentliche Vollmachten zu erteilen", damit diese u. a. in der Lage sei, die Unabschbarkeit der Richter aufzuheben, die lokalen Behörden und die Polizei zu reinigen, die Schulbehörden zu überwachen.

Die Saarkommission bleibt.

In der am Mittwoch stattgefundenen geheimen Sitzung des Völkerbundrates wurde die Saarregierungskommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung (Knox-England, Ehrenroth-Finnland, Koßmann-Saargebiet, Maurice-Frankreich, Borischitsch-Südkaukasien) einstimmig für das bevorstehende Jahr des Völkerbund-Regimes im Saargebiet wieder gewählt. Im Namen des Rates sprach ihr der italienische Ratsvertreter und Berichterstatter Baron Aloisio den Dank des Völkerbundrats für die bisherige Tätigkeit aus.

Im Zusammenhange mit der Neuerennung der Saarkommission stellte der Rat fest, daß die Dauer dieser Erneuerung vom Zeitpunkt der Volksabstimmung abhänge und daß mit dem Augenblick der Einführung der durch die Volksabstimmung erlangten Neuregelung die Amtszeit der Saarregierungskommission beendet sei.

Beschwerde des Saartrükibundes.

Trier, 18. Januar. Der saarländische Trükibund für wirtschaftliche Gerechtigkeit hat dem Völkerbund eine ausführliche Denkschrift überwandt, in der die motorische Unfähigkeit der Regierungskommission gegenüber den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Saargebietes scharf gegeißelt wird. Diese Passivität der Regierungskommission hat seinerzeit die Saarbevölkerung zur Selbsthilfe, eben zur Gründung dieses "Trükibundes" veranlaßt. Die Denkschrift schildert im einzelnen die Hilfemaßnahmen, die zur Abwehr der durch die Kündigung von Hypotheken eingetretenen Schwierigkeiten, zur Verringerung des Zinsniveaus, sowie gegen Kreditschwund und ganz allgemein zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens erfolgreich getroffen worden sind.

Danziger Fragen in Genf.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 17. Januar. Die Danziger Delegation berichtet: Präsident Dr. Rauschning stattete am Dienstag dem französischen Generalsekretär des Völkerbundes Avenol, dem englischen Untergeneralsekretär Walters sowie dem Berichterstatter für Danziger Fragen, dem Engländer Eden, Besuch ab. Hierbei wurde über die bei der diesmaligen Ratstagung zu behandelnden Fragen der Danziger Verfassung gesprochen und von Präsident Rauschning der Danziger Standpunkt dargelegt. Der Zeitpunkt für die Behandlung der Danziger Frage vor dem Rat steht noch nicht fest.

Der neue Völkerbundkommissar für Danzig Lester, der am 15. d. M. sein Amt angetreten habe, stattete heute dem Präsidenten des Senats einen Besuch ab.

Einmütige Ablehnung der Wiederwahl Knox' im Saargebiet.

Saarbrücken, 18. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der Wiederwahl der Regierungskommission schreibt die "Saarbrücker Zeitung" u. a.: Die Bevölkerung ist nicht in der Lage, das Vertrauen, das der bisherigen Kommission damit ausgesprochen wurde, von sich aus zu bestätigen. Sie kann sich noch weniger dem Donk anschließen, den der Völkerbund zum Ausdruck gebracht hat.

Die Erfahrung des letzten Jahres zwingt sie vielmehr dazu, die Regierungskommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung mit aller gebotenen Deutlichkeit und Ehrlichkeit innerlich abzulehnen.

Sie wird und kann im Gefühl und Gesinnung mit der neu bestätigten Regierungskommission nichts gemeinsam haben. Sie steht ihr fremd und in geschlossener Abwehr gegenüber. Wir wollen nicht verhehlen, daß unsere schwersten Bedenken aus der Tatsache resultieren, daß auch der jetzige

Präsident Knox wieder bestätigt worden ist. In seiner Eigenschaft als Präsident begegnet er in der Bevölkerung einer Ablehnung, wie sie einmütiger und nachdrücklicher noch keinem Mitglied der Regierungskommission beigelegt worden ist.

Dass die Bevölkerung erwartet hätte, er werde freiwillig auf seine Wiederernennung verzichten, zeigt, wie schroff sich im Urteil der Bevölkerung die Regierungspraxis des Herrn Knox von der seiner Vorgänger abhebt. Die nationalsozialistische Saarfront hebt hervor: Herrn Knox ist mit der Verlängerung seiner Beamtung zugleich Dank und Anerkennung ausgesprochen worden im gleichen Zeitpunkt, da in der Völkerbundshauptstadt selbst die Vertreter der "Untertanen" ihre in drei Druckschriften niedergelegte Beschwerde, insbesondere gegen diesen Präsidenten, mündlich zu erläutern erschienen sind.

Die deutsche Absage in Genf.

Genf, 18. Januar. Das Antwortschreiben der Reichsregierung an den Generalsekretär des Völkerbundes wurde am Mittwoch abend durch Vermittlung des deutschen Konsuls in Genf dem Generalsekretär zugestellt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Herr Generalsekretär! Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 15. Januar mit verbindlichem Dank bestätige, beehe ich mich, Ihnen dazu mitzuteilen, daß die Deutsche Regierung bei aller Würdigung der in der Sitzung des Völkerbundes vom 15. Januar vorgebrachten Gesichtspunkte zu ihrem Bedauern aus grundsätzlichen Erwägungen davon absehen muß, den Vertragen der Tagung des Völkerbundes über den Punkt 26 der Tagesordnung beizuhören.

Genehmigen Sie usw.

Freiherr von Neurath.

Berlin, 16. Januar 1934.

*

Deutschlands Austrittsbeschluß ist endgültig.

Berlin, 18. Januar. (PAT) In den Kommentaren zu der Antwort der Reichsregierung auf die Einladung des Völkerbundes betont die deutsche Presse, daß der Standpunkt Deutschlands niemand überraschen sollte, am allerwenigsten die Einladenden, da er die Folge des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund ist. Das "Berliner Tageblatt" meint, daß die Kreise, die die Einladung Deutschlands gefordert haben, sich bemühen würden, sich eifrigst seine Abwesenheit zunehm zu machen. Das Blatt warnt vor dem Missbrauch der gegenwärtigen Lage und erklärt, daß dies den Völkerbund kompromittieren würde. Nach einer Meldung des Genfer Korrespondenten der "Börsen-Zeitung" äußern sich politische Kreise, sogar solche, denen man eine Sympathie gegenüber Deutschland nicht nachsagen kann, dahin, daß Frankreich die versöhnliche Offerte des Reichskanzlers Hitler zunächst gemacht habe. Der "Tag" gibt seiner Befriedigung über die Zurückweisung jeglicher Versuche durch Minister Neurath Ausdruck, die Stellung Deutschlands gegenüber der Genfer Institution zu unterminieren. Das Blatt betont, daß Genf sich mit der Zeit mit dem Gedanken wird abfinden müssen, daß die Entscheidungen der Reichsregierung vom 14. Oktober und 12. November vorigen Jahres endgültig sind.

Ein neuer schwerer Schlag für den Völkerbund.

London, 18. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) "Daily Mail" schreibt in einem Leitartikel, Deutschlands Weigerung, nach Genf anlässlich der Behandlung der Saarfrage zu gehen, sei ein neuer schwerer Schlag für den Völkerbund. Angesichts dieser Lage sollte die Britische Regierung vorsichtig sein. Es sei bedauerlich, daß sie die Wiederernennung Dr. Knox zum Vorsitzenden der Saar-Regierungskommission zugelassen habe. Es scheine, die wichtigsten britischen Interessen seien mit dem Saarproblem verbunden. England würde es wohler sein, wenn der britische Saarkommissar zurückgezogen werden würde.

Republik Polen.

Paderewskis Gattin gestorben.

Aus Genf wird gemeldet, daß am Dienstag morgen in Montreux in der Schweiz die Gattin Ignacy Paderewskis, Helena Paderewska, geb. Baroness Rosen, im Alter von 74 Jahren gestorben ist. Die Verstorbene war in Polen und auch im Ausland durch ihre eifrige philanthropische Tätigkeit bekannt. Sie war die Gründerin der polnischen Weißen Kreuz-Gesellschaft, Stifterin der Wirtschaftsschule für Mädchen in Zülz bei Warschau, Mitbegründerin der Gesellschaft zur Hilfeleistung an Notleidenden aus den Kreisen der Intelligenz usw. Auch politisch ist Frau Helena Paderewska — im Hintergrunde — sehr tätig gewesen.

Kommt ein neuer englischer Botschafter nach Polen?

Wie die ACTA-Agentur sich aus London melden läßt, ist damit zu rechnen, daß der bisherige Botschafter für Großbritannien in Warschau, Sir William Gaskin, von seinem Posten abberufen wird und noch im Laufe dieses Jahres in den Ruhestand tritt. Als sein Nachfolger wird der gegenwärtige britische Gesandte in der Schweiz, Sir Howard William Kennard, genannt.

Schweden-Polen 10:6.

Der in Stockholm vor einem ausverkauften Hause stattgefundenen Länder-Vorkampf Polen-Schweden brachte den Gastgebern einen 10:6 Sieg. Siegreich für die polnischen Farben waren Bajowski, Majchrzycki und Pilat, während die übrigen Vertreter, darunter Rogalski und Kajnar, ihre Kämpfe verloren.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weißel vom 17. Januar 1934.

Kratau - 3,02, Jawischow + 1,42, Warschau + 1,22, Bielsko + 1,57, Thorn + 0,93, Norden + 1,18, Culm + 1,08, Graudenz + 1,33, Schwerin + 1,50, Bielefeld + 0,78, Dirschau + 0,88, Einlage + 2,08, Schwerinhorst + 2,24.

Die Landwirtschaft am Jahresbeginn.

Sitzung der Kreisgruppe Bromberg der Welage.

Bromberg, 18. Januar.

Die Kreisgruppe Bromberg der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft hielt im kleinen Saale des Bivilkasinos gestern ihre monatliche Sitzung ab. Sie war die erste im neuen Jahre. Der Vorsitzende der Kreisgruppe Bromberg, Rittmeister a. D. Falkenthal, streifte in kurzen Worten die Arbeit und die Schwierigkeiten, die das abgelaufene Jahr der Landwirtschaft gebracht hat. Die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, der ungeheuere Steuerdruck haben an die Landwirtschaft Westpolens die äußersten Anforderungen gestellt, obwohl die Ernte des vergangenen Jahres als gut zu bezeichnen war. Fleiß und Arbeit stehen aber heute in keinem Verhältnis zu dem Erlös, und es bedarf der größten Anstrengungen des Landwirts, um sich auf seiner Scholle zu halten. Bähigkeit, Härte und Ausdauer sind die Eigenarten, die den Landwirt durch seine Arbeit charakterisieren. Aus dieser Haltung heraus konnte der Vorsitzende seinen Berufskollegen rufen, nicht der Verzagtheit zu verfallen, sondern hoffnungsvoll in das neue Jahr einzutreten. Rittmeister Falkenthal gedachte in herzlichen Worten des am Jahresende verstorbenen Ehrenmitgliedes Max Jahn.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, erhielt Dr. Klusak von der Zentrale der Welage in Posen das Wort zu einem Vortrag über das neue Sozialversicherungsgesetz und seine Auswirkungen auf die Landwirtschaft. In längeren überaus klar gehaltenen Ausführungen sprach Dr. Klusak über die einzelnen Arten der Sozialversicherung, insbesondere über die neue Krankenversicherung, streifte dabei aber auch die Unfall-, Invaliditäts- und Angestellten-Versicherung. Es hat bekanntlich einen harten Kampf gegeben, bis es gelang, die Landwirtschaft von dem Druck der in den letzten Jahren sehr unsocial arbeitenden Krankenkassen zu befreien. Die Sorge, im Krankheitsfalle für die Landarbeiter Hilfe zu schaffen, ist seit dem 1. November vorigen Jahres auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes für die Landwirtschaft dem einzelnen landwirtschaftlichen Arbeitgeber selbst überlassen. Durch diese plötzliche Wandlung ist die Landwirtschaft vor einer ungeheuren Aufgabe gestellt worden. Es hieß, zu einer Einigung mit Ärzten, Apothekern, Händlern und Krankenhäusern zu gelangen. Die schwierigste Frage ist aber dadurch gelöst worden, daß es den landwirtschaftlichen Organisationen gelungen ist, mit dem Großpolnischen Ärzteverband einen Rahmenarbeitsvertrag abzuschließen, so daß alle landwirtschaftlichen Arbeitgeber in Posen und Pommerellen, die einer landwirtschaftlichen Berufsorganisation angehören, nur die Wahl ihres Arztes vorzunehmen haben. Es besteht die Aussicht, daß auch ein ähnlicher Rahmenvertrag mit den Apotheken zustande kommen wird. Die Krankenhäuser, die zu seinem Verbande zusammengeschlossen sind, müssen nach Lage der Dinge und Verhältnisse von den einzelnen Arbeitgebern selbst gewählt werden. Der Vortragende gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Neuregelung der Krankenversicherung der Landwirtschaft Westpolens etwa eine 20- bis 30prozentige Ersparnis bringe, so daß die übergroßen und ungerechtfertigten Lasten der bisherigen Krankenversicherung wenigstens teilweise erleichtert werden. Erwagt man, daß die Krankenkasseneinträge in Posen und Pommerellen jährlich etwa 30 Millionen Zloty ergeben haben, wovon allein die Landwirtschaft etwa die Hälfte beigesteuert hat, so kann jetzt angenommen werden, daß der Druck auf die Landwirtschaft jetzt von dieser Seite her nicht so stark sein wird.

Die interessanten und aufklärenden Ausführungen wurden von der Versammlung mit einem starken Beifall aufgenommen. In der sich anschließenden regen Diskussion gab Dr. Klusak auf viele Einzelfragen erschöpfende Auskunft.

Nach einer Aussprache über die Gesamtlage der Landwirtschaft, über Vieh-, Schweine- und Getreidepreise, wobei die Klage vorherrschte, daß der tiefe Preisstand heute noch keine Rentabilität der Landwirtschaft erzeuge, konnte der Vorsitzende die Sitzung schließen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 18. Januar.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Kirchenvisitation in Schrötersdorf.

In der festlich geschmückten Kirche fand am 2. Sonntag nach Epiphanias, am 14. d. M., vormittags, ein sehr gut besuchter Visitationsgottesdienst statt. Nach der zu Herzen gehenden Predigt des Ortsgeistlichen, Pfarrer Gauer, über 1. Kor. 2, Vers 8-16, hielt Superintendent Ahmann eine sehr lebhafte Besprechung mit den konfirmierten Jugend über Johannes 2, Vers 5 („Was er euch sagt, das tut“). Die dann folgende Ansprache an die ganze Gemeinde über Röm. 12, Vers 11 („Seid nicht träge in dem, was ihr tun sollt. Seid fröhlich im Geiste. Dienet dem Herrn“) war eine rechte Glaubensstärkung. Darauf wurde den vier Kirchenältesten Müller, Schmidt, Hartfiel und Bendel das von dem Posener Konistorium gewidmete, auf Verantwortlichkeit und Würde ihres Amtes hinweisende Gedenkblatt durch den Superintendenten mit einer Ansprache feierlich überreicht. — Die guten Darbietungen des Kirchenchores Schrötersdorf & L. Bartelssee fügten sich würdig ein in den erhebenden Gottesdienst.

In unmittelbarem Anschluß an den Gottesdienst hielt Superintendent Ahmann eine tiefgründige Besprechung mit den Hauseltern, für die diese ganz besonders dankbar waren. Dieser Besprechung war das Schriftwort Röm. 12, Vers 12 („Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an im Gebet“) zugrund gelegt.

Am Nachmittag desselben Sonntags fand — nach der Prüfung der Konfirmanden und einer Sitzung der kirchlichen Körperschaften — eine von Superintendent Ahmann geleitete Gemeindeversammlung statt, in der wichtige Fragen des Gemeindelebens besprochen wurden. Sie war ein eindrucksvoller Ausklang dieses der Gemeinde unvergesslichen Festtages.

In der Konkursache der Bank M. Stadthagen fand am gestrigen Mittwoch im hiesigen Burggericht unter Vorsitz des Richters Hozakowski eine Gläubigerversammlung statt. Da der Saal im Burggericht sich für die Aufnahme der etwa 4—500 erschienenen Gläubiger als viel zu klein erwies, wurde die Versammlung nach dem großen Verhandlungssaal des Bezirksgerichts verlegt. Auch dieser Saal konnte die vielen Menschen nicht fassen. Zu Beginn der Versammlung machte Burgrichter Hozakowski die Erschienenen damit bekannt, daß der Zweck der einberufenen Gläubigerversammlung die Wahl eines neuen Gläubigervorstandes sei, zumal der jetzige Vorstand, der sich aus den Herren Rechtsanwalt Ciszewski und Direktor Wiel zusammensetzt, einen Antrag um Niederlegung seiner Ämter eingereicht habe. Des weiteren teilte der Richter mit, daß er infolge eines Verfehlens im „Monitor Polski“ gezwungen sei, die heutige Versammlung zu vertagen. Obwohl das Gericht, wie dies aus dem amtlichen Protokoll hervorgehe, der Redaktion des „Monitor Polski“ rechtzeitig mitgeteilt habe, daß die Gläubiger-Versammlung der Bank Stadthagen am 17. Januar d. J., um 12 Uhr mittags im hiesigen Burggericht stattfinden werde, war der Termin im „Monitor Polski“ für den 28. Januar d. J. bekanntgegeben. Infolgedessen müsse die heutige Versammlung bis zum 30. Januar d. J. vertagt werden. Die nächste Gläubiger-Versammlung finde demnach am 30. Januar d. J., 12 Uhr mittags statt, jedoch nicht im hiesigen Bezirksgericht, sondern, mit Rücksicht auf den Andrang, im Schützenhaus, Thornerstraße. An dem genannten Tage wird im Schützenhaus bereits von 9 Uhr ab ein Gerichtssekretär amtieren, bei dem sich die Gläubiger und Interessenten der Bank M. Stadthagen zu melden haben und

ein Betrag von etwa 200 000 Zloty, der infolge der fortbreitenden Krise nicht abgezahlt werden konnte. Aus diesem Grunde wandte man sich an den Konkursverwalter mit der Bitte um Aufhebung des Konkurses. Kaczmarek wollte auf diesen Vorschlag eingehen unter der Bedingung, daß man ihn für weitere fünf Jahre als Direktor engagiere und ihm außerdem eine fiktive Anleihe gutschreibe, und zwar auf den Namen seines achtjährigen Sohnes. Darauf ging man jedoch nicht ein. In der letzten Gläubigerversammlung wurde durch einen der Anwälte der Brief des Konkursverwalters, in dem er die geradezu expressiv an nennenden Forderungen stellte, verlesen. Der Staatsanwalt des Bezirksgerichts hat daraufhin die Verhaftung Kaczmareks angeordnet.

So kann man vor Gericht kommen. Ein interessanter Meineidsprozeß fand vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatte sich die 38jährige Chefran Petronela Małasz aus Nakel. Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist folgende: Im Juni v. J. kam es zwischen dem Kaufmann Karl Oheim in Nakel und der Angeklagten zu einer Auseinandersetzung. Bald nach diesem Streit machte die M. der Polizei Anzeige, daß O. sich ihr gegenüber über die Polizei und Polen in sehr abschlägiger Weise geäußert habe. Diese Anzeige bildete den Gegenstand eines Strafverfahrens gegen den Kaufmann O. In der am 5. Oktober v. J. vor dem Kreisgericht in Nakel stattgefundenen Gerichtsverhandlung sagte die als Zeugin unter Eid vernommene M. aus, daß O. zu ihr in polnischer Sprache schwere beleidigende Worte über die Polizei und das polnische Volk gesagt habe. Es erwies sich jedoch, daß die M. mit ihrer Behauptung eine glatte Unwahrheit ausgesagt hatte. Der Kaufmann O. ist der polnischen Sprache überhaupt nicht mächtig und wäre schon aus diesem Grunde nicht imstande gewesen, oben angeführte Äußerungen getan zu haben. Durch die Beugenaussagen wurde ferner erwiesen, daß O. der M. gegenüber in deutscher Sprache gesagt habe: „Lädt die Polizei nur kommen, ich habe nichts getan und deshalb fürchte ich sie nicht.“ O. wurde damals freigesprochen, gegen die M. aber ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet. In der jetzigen Strafkammer versucht die Angeklagte ihre damals gemachten Aussagen auch weiterhin aufrecht zu erhalten und hat zum Beweise hierfür einige Entlastungszeugen dem Gericht angegeben. Die Aussagen dieser Leute entlasten die Angeklagte jedoch nicht, da auch sie zugeben müssen, daß O. der polnischen Sprache nicht mächtig ist. Die übrigen Zeugen, u. a. eine Frau Kucinska, die während des Streites zwischen dem Kaufmann O. und der Angeklagten zugegen war, sagt kategorisch aus, daß eine Bekleidung der Polizei durch den O. überhaupt nicht in Frage kommt. Das Gericht verurteilte die Angeklagte nach Schluff der Verhandlung, die Bezirksrichter Kulański leitete, zu 8 Monaten Gefängnis, gewährte ihr jedoch eine fünfjährige Bewährungsfrist.

Hermann Bahr †

Gebet besteht recht eigentlich darin, daß wir unseren Willen mit unserer ganzen Kraft an Gott abgeben, um ihn dann von Gott mit der rechten Wirkung zurückzubekommen. In uns selber finden wir uns nie, aus eigener Kraft sind wir niemals wir selbst, wir können es nur in Gott erst werden. „Werde, was du bist“, wer dies Goethewort recht zu gebrauchen versucht, den führt es zum Gebet. Unser Verstand versteht unseren Willen nicht. Auch unser Gewissen allein ist noch kein ausreichender Dolmetsch. Was wir unser Schicksal nennen, ist ja nur unser Weg zu Gott. Wir gehen auf irgendein geheimes Bild von uns los. An ihm finden wir uns. Es liegt in Gott versteckt. Nur er kann es uns zeigen. Dies Führen heißt schon beten.

(Aus dem Tagebuch
des eben verstorbenen Dichters 1922.)

in eine besonders hierfür ausgelegte Liste ihre Gläubiger-Ansprüche eintragen können. Die Vertragung der Gläubiger-Versammlung löste unter den Erschienenen allgemeinen Unwillen aus und es wurden mit Recht Stimmen laut, die die Frage aufwarfen, wer für die Unkosten der Gläubiger aufzukommen. Sehr viele Personen, die von auswärts zu dieser Versammlung eingetroffen waren, haben die Reise nicht nur umsonst gemacht, sondern noch Ausgaben gehabt.

So der uns über den Verlauf der Gläubigerversammlung zugegangene Bericht. Es ist sehr bedauerlich, daß die zahlreichen Interessenten, die zu dem gestrigen Termin erschienen waren, unverrichteter Sache wieder umkehren mußten. Aus der Erklärung des vorstehenden Richters ist aber klar ersichtlich, daß die Schuld an der unvermeidlichen Vertragung nicht an irgendeiner hiesigen Stelle liegt, sondern in Warthau. Ob die vielen von auswärts Erschienenen Aussicht haben, die fruchtlos aufgewendeten Reise- und Aufwandskosten ersehen zu erhalten, ist recht fraglich, jedenfalls würden Monate oder gar Jahre darüber hingehen; aber es wäre doch wünschenswert, die für das Versehen verantwortliche Stelle festzustellen.

Ein wichtiges Ergebnis hat indeß die gestrige Versammlung trotz ihres Fehlschlages doch gehabt, nämlich daß man endlich eingesehen hat, daß eine Verhandlung, in der ein paar Hundert Menschen, die in Wahrung wichtiger eigener Interessen zu Worte kommen wollen, nicht in einem gänzlich unzureichenden Raum stattfinden kann. Das aber die Interessenten fast vollständig zur Stelle sein würden, war bereits aus den bisherigen Erfahrungen in der gleichen Sache ersichtlich. Deshalb ist die Überprüfung der nächsten Versammlung nach dem Schützenhausaal zu begrüßen.

Die Elektrifizierung des Kreises Bromberg scheint jetzt Tatsache zu werden. Der Kreisaußschuß hat beschlossen, eine Genossenschaft zu gründen, die die Durchführung des Projektes übernommen hat. Als Stromlieferant wird das Bromberger Elektrizitätswerk in Tätigkeit treten. Die Genehmigung zur Gründung der genannten Genossenschaft soll jetzt von den zuständigen Centralbehörden erteilt werden. Zunächst wird mit der Belieferung von Grone mit Strom begonnen werden. Später sollen auch Schulz und die anderen Teile des Kreises elektrischen Strom erhalten. Der Plan, das Große Werk zur Lieferung des Stromes für den Kreis Bromberg heranzuziehen, ist fallen gelassen worden, da sich in letzter Zeit herausgestellt hat, daß Große zu stark überlastet ist.

Einen Unfall erlitt ein 16jähriges Friseur-Lehrmädchen während der Turnstunde der Fortbildungsschule. Es stürzte von einer Leiter und blieb mit einer schweren Verletzung liegen. Man mußte die Verunglückte in das Städtische Krankenhaus einliefern.

Zu der Verhaftung des Konkursverwalters und vereidigten Bücherrevisors Kaczmarek werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Im Jahre 1927 wurde er zum Konkursverwalter bei der Firma „Browar Bydgoski“ ernannt. Da eine Interessengemeinschaft zwischen der genannten Brauerei und der Brauerei „Browar Bydgoski“ bestand, übte der Genannte seine Funktionen im Auftrage der Gläubiger gleichzeitig als Direktor des „Browar Bydgoski“ aus. Diese Tätigkeit sollte bis zur Beendigung des Konkurses andauern. Im Laufe des Jahres konnten den Gläubigern 600 000 Zloty ausgezahlt werden. Es verblieb

z. Nowroclaw, 17. Januar. Ein blutiger Erbstreit ereignete sich dieser Tage in Broniszlaw hiesigen Kreises zwischen den Brüdern Wladyslaw, Andrzei und Kazimierz Brzuzda. Der Vater hatte das ganze Vermögen dem ältesten Sohne Wladyslaw verschrieben. Am kritischen Tage stürzten sich die beiden jüngeren Brüder auf Wladyslaw mit einem Beil und brachten ihm am Kopf schwere Verlebungen bei. Man schaffte den Verdauungswerten in das hiesige Kreiskrankenhaus. An seinem Aufkommen wird gezwitschelt.

Zu der Unterschlagungssache bei der hiesigen Kreissparkasse wird mitgeteilt, daß der vor ca. einem Monat aus der Haft entlassene Direktor Chojnacki erkrankt ist und in eine Irrenanstalt überführt werden mußte. Auch der noch in Haft befindliche Direktor Kozłowski ist erkrankt, so daß eine gerichtliche Verhandlung vorläufig nicht stattfinden kann.

z. Posen, 17. Januar. Vermutlich aus Liebe zu Kummer hat gestern das in der fr. Grabenstraße 7 beschäftigte Dienstmädchen Josefa Kardasz den Tod gesucht und gefunden, indem es sich mit Lysol in der Halbdorfstraße vergiftete.

Gestern wurden im Hause fr. Herderstraße 16 aus der Wohnung des Militärbeamten Witold Trawiński durch Einbruch Schmuckstücke, ein Damenpelz und andere Gegenstände im Gesamtwert von 8000 Zloty gestohlen. — Bei einem Einbruch wurde in einem Hause der fr. Victoriastraße ein Jan Mazurkiewicz erfaßt und festgenommen, als er mit seiner Beute, die er zusammen mit einem Felix Pawlicki in einer Bodenkammer gemacht hatte, verdutzt wolle.

Gestern erfolgte in der fr. Hedwigstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Fuhrwerk. Der Lenker des letzteren namens Kaczmarek wurde herausgeschleudert und nicht unbedeutend verletzt. — Gestern abend wurde in der Bahnhofstraße Anton Kozłowski von einer Autodroschke überfahren; er trug mehrere erhebliche Verlebungen davon.

ph. Schulz (Solec), 17. Januar. Auf dem Wochenmarkt zahlte man für Butter 1-1,20, Eier 1,80, Weißkäse 0,20-0,25, Kartoffeln 2,40-2,50.

Dem Besitzer Vogt wurde ein fettes Schwein gestohlen. — In der Nacht zum Mittwoch verübten Diebe einen Einbruch bei dem Besitzer W. Lechnik; sie stiegen durch eine zertrümmerte Fensterreihe in den Schweinstall und trieben ein ca. 5 Zentner schweres Schwein aufs Feld, welches dort abgeschlachtet wurde. Mit ihrer Beute entkamen die Diebe unbemerkt.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Krause; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heine; für Anzeigen und Meldungen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 14.

Nach kurzem Krankenlager nahm Gott unser lebensfreudiges Mädelchen, mein innigst geliebtes Töchterchen

Margarete

zu sich in sein Himmelreich.

Dieses zeigt in tiefster Trauer an
Charlotte Behel geb. Franke.

Gadecz, Kreis Bydgoszcz.

z. St. Thur., den 15. Januar 1934.

Die Einäscherung fand heute statt.

Wäsche-Atelier Hoffe, Mariacka 26,
fertigt Damen- und Herrenwäsch nach Maß,
Bett- u. Berufswäsche, Pyjamas, Gardinen. 9058

FLIESEN

weiß und farbig glasiert für Wandbeläge,
Steinzeugfußbodenplatten u. Korkplatten
liefern mit lachmännischer Ausführung

Feliks Pietraszewski,
Bydgoszcz, Reja 4, Tel. 2229. 610

Briefpapier

mit
Monogrammaufdruck
ist stets ein
willkommenes Geschenk.
Wir bieten Ihnen eine
große Auswahl.
A. Dittmann I. z. o. p.
Marsz. Focha 6 Tel. 61

Jeder
prolletische Landwirt
nutzt die günstige Mög-
lichkeit aus, durch

Kartoffel- Lieferungen

an die
Unamel-Fabrik
in Unislaw seinen
Bedarf an Speisezucker,
Marmelade, Kunsthonig
Bordons, Schokolade
u. w. einzutauschen. 8909

Drahtseile

für alle Zwecke liefert

B. Muszyński,
Seiffabrik, Gdania 4.

Die beleidigende
Neuerung gegen
Fr. Räte Kunz,
Dzierżazno, nehme
ich hiermit zurück.

O. Nest, Gebice.

Hauptgewinne der 28. Polnischen Staatslotterie

IV. Klasse (ohne Gewähr).

8. Tag (vormittags).

20 000 zl. Nr. 60047.

15 000 zl. Nr. 6747 20038 156813.

10 000 zl. Nr. 20369 78731.

5000 zl. Nr. 1456 25231 35139 37315

96831 122890 129123 147644 169003.

2000 zl. Nr. 725 4934 30908 32362 64052

64619 69118 92995 98590 118473 129666

136156 153732.

1000 zl. Nr. 8570 1316 15847 17576 22759

24964 28544 31941 38572 39058 39913 43692

44918 49291 49529 63419 69848 79771 83113

84815 85999 89634 90762 96351 100691

104273 105886 109696 113230 120676 123641

128320 129641 134021 135026 136906 143160

143290 146104 146851 148758 151693 158753.

8. Tag (nachmittags).

15 000 zl. Nr. 73262.

10 000 zl. Nr. 46256.

5000 zl. Nr. 93254 141553.

2000 zl. Nr. 24273 49876 80693 92902

105003 105539 115838 119603 125378 130672

130362 138021 142257 154316 164219 160949

167484.

1000 zl. Nr. 1352 4774 6037 12941 14762

18138 25107 30074 41410 47635 52703 55601

63867 72211 74636 82431 90501 94290 104851

105568 107251 110623 113724 115452 118312

123672 124770 129951 130806 131807 139425

146220 148751 147162 151717 154952 155691

163693 164959.

Heirat

Offene Stellen

Obermüller

allererste Kraft, welcher in der Herstellung von Weizen- u. Roggenfibraten bei hoh.

Ausbeute hervorragendes leistet, per 1. 2.

34 geucht. Züchtigkeit.

Christliche und Treue müssen durch lüdenloie

Zeugnis-Ubschrift, belegt werden. Bewerba.

mit Gehaltsanpr. unt.

T. 1251 a. d. St. d. Stg.

Suche Stellung als

Birt

oder sonst desgleichen.

49 Jahre alt. Lang-

jährige Zeugnisse vor-

handen.

St. Włodowic, Lelisz,

p. Swarzyni, p. Torun.

Zum 1. 4. 1934 qual.

Schäfer

mit eigenen Schär-

werkern gefucht.

Gutsverw. Przevalowo

pov. Sępólno.

Mit dem 1. Januar d. Js. ist in Bydgoszcz

Plac Teatralny Nr. 4

ein

Fabrikverkaufslager

der Vereinigten Tuchfabriken

K. Scheibler & C. Grohman, S. A., Lodz

eröffnet worden!

Das Lager ist mit allen Arten von Weiß-,
Bunt-, Bedruckt-, Roh-Baumwollgeweben
und Steppdecken versehen.

In den nächsten Tagen beginnen in allen
größeren Städten Pommerellens

Weisse Wochen

billigen Verkauf aller Erzeugnisse.

1154

Achtung!

Welche Herrn braucht

tüchtigen, deutschen

Borschmitter?

Da ich vor einiger Zeit

weg. Krankh. mein. Elt.

gefeiert bin, suche Stell.

mit jeder Anzahl Leute.

Eintritt kann jederzeit

erfolgen. Ba. Zeugnisse.

Öfferten unter C. 1198

a. d. Geicht. d. Zeitg. erb.

Jung. Wädchen sucht

Anfängerstellung als

Korrepondentin

Reisegegnis, deutsch,

poln. franz. u. englisch.

Sprach., Schreibmasch.

deutsch. u. poln. Stenoqr.

Ang. u. k. 1732 a. Ann.

Exp. Wallis, Toruń erb.

Ev. gebild. Landwirts-

tochter. 22 J. d. deutsch.

u. poln. Spr. mächtig,

sucht Stell. an liebsten

als Verläufener mit

Familienanschl. Off.

u. A. 1145 a. d. Gesch. d.

vocata Włosia.

Geschäftsgeschäft

eigentl. für kleines

Industrieunternehmen

in Bydgoszcz günstig

zu verkaufen. Off. unt.

B. 634 a. d. St. d. Stg.

Wirtin

28 J. alt. perf. im Koch.

Baden, Geflügelzucht u.

Milchwirtschaft, sucht

Stellung vom 1. 2 oder

spät. Offert. unt. J. 1144

a. d. Geicht. d. Zeitg. erb.

zu kaufen: Kompl.

Einrichtung, ein Salons.

Chimmers, Herrenzim.

zwe. Schlafzimm.

zwei Lampen, Gemälde,

zwei Bilderrahmen.

Grudziądz, Sobie-

nieg 23, zwischen 18.30

und 20 Uhr. 1202

An- und Verkäufe

Rälber auch älteres, weibliches
Jungvieh sowie einige Bullsfälber
aus Herdbuchherden

zu kaufen gesucht.
Angebote unter N. 1249 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung erbeten.

Gut erhalten

eierner Drehbank

deutsch. Fabr. Drehlg.

ub. 2 m. sehr preiswert

zu verkaufen.

Fr. Giessel. Dąbrowa,

pov. Chelmno.

Zu verkaufen: Kompl.

Einrichtung, ein Salons.

Chimmers, Herrenzim.

zwe. Schlafzimm.

zwei Lampen, Gemälde,

zwei Bilderrahmen.

Grudziądz, Sobie-

nieg 23, zwischen 18.30

und 20 Uhr. 1202

1202

Wohnungen

Weissenhoffa 5

Bromberg, Freitag, den 19. Januar 1934.

Pommerellen.

18. Januar.

Graudenz (Grudziadz).

Über den früheren Botanischen Garten in Graudenz und die jetzigen Bestrebungen, wieder einen solchen hier zu schaffen, veröffentlicht Inspektor Wodwud einen Artikel, der in mancher Hinsicht interessant ist. Er sagt u. a.:

Bor 29 Jahren wurde in einer Graudenzer Bürgerversammlung, in der Erster Bürgermeister Kühnast den Vorsitz führte, die Gründung eines Botanischen Gartens auf einem Gebiet von 2800 Quadratmetern beschlossen. Ein besonderer Gönner und Förderer war der Oberstabsarzt Dr. Schönborff, der als hervorragender Naturforscher, Pflanzenliebhaber und -züchter sogar aus Rom, Neapel und anderen Städten Pflanzen herbeiführte, und das Geld dafür für lange Zeit aus eigener Tasche auslegte, woraus ihm später manche Bekümmerungen erwuchsen. Als Gebiet des Gartens, der auch die Bezeichnung „Volksgarten“ führte, wurde ein Terrain im Stadtteil längs der Victoriusstraße bestimmt. Der ganze Grund und Boden wurde parkartig gestaltet, 175 Quadratmeter wurden besät und bepflanzt, Wasserflächen für Wasser- und Sumpfpflanzen geschaffen, Hydranten und Bänke hergestellt. Finanzielle Hilfe leisteten der Magistrat, der Verschönerungsverein, der Tierchusverein, die israelitische Gemeinde und einige vermögende Bürger. Die größte pukuniäre Wohltat war die von der Stadt 1907 bewilligte Summe von 2673 Mark für den Ankauf von Pflanzen und die Beschaffung gewisser Einrichtungen.

Die Garteneröffnung erfolgte am 10. Mai 1907, und in den chronistischen Aufzeichnungen finden wir die Namen von Lehrer Clemens, Professor Boesler, Professor Prætorius, Oberlehrer Miehlike, Lehrer Peil und Lehrer Woelkens, die der Reihe nach bis 1919 den Botanischen Garten leiteten. Der Weltkrieg war die Ursache, daß der schöne Garten Ende 1919 eine Beute verschiedener Elemente wurde. Von Tag zu Tag verringerte sich das Sortiment der für die botanische Wissenschaft wertvollen Exemplare unserer Flora. Es wurden die Pflanzen, die Umläufe, die Namenstafelchen, die steinernen Bierden usw. entwendet, bis schließlich nur ein wüstes Brachfeld übrigblieb, über dem sich die Zweige der noch vorhandenen Bäume traurig neigten. Versuche der Direktorin des Mädchengymnasiums, Fräulein Dr. Lewicka, den Garten wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen, scheiterten, weil irgendwelche versteckten Feinde es hinderten. 1923 nahm die städtische Gärtnerei viele Veränderungen im Stadtpark vor, wie Terrainarbeiten, durch welche die Verwüstungsspuren beseitigt wurden. Der Botanische Garten wurde theoretisch 1925 übernommen, aber das nahm mit Beratungen in Konferenzen auch ein Ende. Lediglich die Erinnerung verblieb. Weitere Schritte der Gymnastaldirektorin Dr. Lipska, Geldmittel für die Schaffung eines neuen Botanischen Gartens zusammenzubringen, hatten ebenfalls keinen Erfolg. Jetzt, nachdem fast ein weiteres Jahrzehnt verlossen hat, nachdem auf einer Versammlung des Verschönerungsvereins die jetzige Leiterin des Mädchengymnasiums, Fräulein Dr. Dabel, die Gründung eines Botanischen Gartens angeregt hatte, die Stadt auf die Bitte dieses Vereins ein Gebiet der Mühlenstraße, zwischen Schwerin- und Kuntersteinerstraße, in Länge von 180 Meter für die Anlage eines solchen Gartens bestimmt.

Die Unterstützungen für die Arbeitslosen wurden am letzten Sonnabend wieder in der bisherigen (Dezember) Höhe ausgezahlt. Wie mitgeteilt, hatte es unter den Erwerbslosen erklärlicherweise Unzufriedenheit erregt, daß bei einer vorherigen Auszahlung ein gefürchterter Betrag in Empfang genommen werden sollte. Die Folge dieses Unwillens war der Marsch zum Rathause, wo den Arbeitslosen die Zusicherung gegeben wurde, daß beim folgenden Male wieder die alten Sähe zur Auszahlung kommen sollten. Das ist somit nunmehr geschehen.

Bestellungen

auf die
Deutsche Rundschau
werden von allen Postanstalten und den Briefträgern
angenommen.

Dieser Bestellzettel für Februar 1934

ist ausgefüllt dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben.
Jede Postanstalt, auch Bandbriefträger sind verpflichtet, diese
Bestellung ausgefüllt entgegenzunehmen.

Na Luty — Für Februar

Pan
Herr

Tytuł gazety Benennung der Zeitung	Miejscowość wydawnictwa Erscheinungs- ort	Na czas (mesiąc) Be- zugs- zeit Monate	Abona- ment Be- zugs- geld 3l.	Należy- tość Voll- gebühr. 3l.
Deutsche Rundschau	Bydgoszcz	1	4,50	0,39

Pokwitowanie. — Quittung.

Złoty zapłacono dzisiaj.
Złoty sind heute richtig bezahlt worden.

duia
den

1934.

× Betriebsaufnahme. Die Eisengießerei von Hersfeld und Victorius in Mischke (Mniszek) bei Graudenz hat, nachdem sie einige Zeit stillgestanden hatte, vor mehreren Tagen ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Beschäftigt werden dort etwa 200 Arbeiter.

× Wieder eine Lebensmüde. Die 60jährige Ehefrau eines hiesigen Monteurs versuchte sich mittels Leuchtgases zu vergiften. Sie wurde in besinnungslosem Zustand ins städtische Krankenhaus gebracht, wo man ihr sofort Hilfe zu teilen werden ließ. Die Aussichten auf Wiederherstellung sind gering. Über die Ursachen des bedauerlichen Schrittes wird bekannt, daß die Frau im Zustand hochgradiger nervöser Überreizung gehandelt hat.

Thorn (Toruń).

Bilanz der Tätigkeit
des städtischen Arbeitslosen-Hilfskomitees

Im Stadtverordnetensitzungssaal des Rathauses fand dieser Tag unter dem Vorsitz des stellvertretenden Präses Oberst Maenhauer die Generalversammlung des städtischen Arbeitslosen-Hilfskomitees (Miejski Komitet Pomocy Bezrobocym) statt. Nach Verlehung des Tätigkeitsberichts für die Zeit vom 15. November 1932 bis 31. Oktober 1933 und des Protokolls des Revisionskomitees wurde dem Vorstand Entlastung erteilt und zur Wahl des Vorstandes für das durch Verordnung des Wojewoden in „Vokalkomitee des Arbeitslosenfonds der Stadt Thorn“ (Komitet Lokalny Funduszu Pracy m. Torunia) umbenannte Komitee geschritten. — Dem Jahresbericht zufolge schöpft das Arbeitslosen-Hilfskomitee seine Einkünfte aus öffentlichen Spenden, freiwilliger Besteuerung der Beamtenchaft und den Zuschlägen zu den Strom- und Gasrechnungen. Die Hauptentnahmen stellte die durch das Wojewodschaftskomitee, das Wojewodschaftsamt und die Militärbehörden gemachten Zuwendungen dar, die teils in Naturalien, wie Kohlen und Kartoffeln, teils in Bargeld eingingen. Es wurden insgesamt 706 590,94 Złoty vereinnahmt, von denen 275 544,18 Złoty in Naturalien und 431 046,76 Złoty in bar abgeliefert wurden. Da die gesamten Einnahmen zur Unterstützungsaktion für die Arbeitslosen verbraucht worden sind, konnte für das neue Geschäftsjahr kein Kassenbestand gebucht werden.

× Der Wasserstand der Weichsel fiel in den letzten 24 Stunden um 6 Zentimeter und betrug Mittwoch früh 0,99 Meter über Normal.

× Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 18. Januar, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 25. Januar, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 21. Januar, hat die Rats-Apotheke (Apteka Radziecka), Breitestraße (ul. Szeroka) 27, Fernsprecher 250.

× Mehrere säumige Hausbesitzer, die während der letzten Schneefälle die Bürgersteige vor ihren Häusern nicht mit Sand bestreut hatten, wurden dieser Tage durch die hiesige Burgstaroste im Verwaltungsstrafversfahren zur Verantwortung gezogen. Die Säumigen, 34 an der Zahl, erhielten Strafbefehle in Höhe von 5–10 Złoty zugestellt.

× Von den 18 Protesten, die gegen die Gültigkeit der letzten Stadtverordnetenwahl eingereicht waren, sind zwei bis her noch unerledigt geblieben. Die neue Stadtverordnetenversammlung kann bekanntlich erst dann zusammentreten, wenn alle Proteste erledigt sind. Sollte in der Zwischenzeit irgendeine Sache von Wichtigkeit vorliegen, so müßte zu deren Beratung noch das alte Stadtverordnetenkollegium einberufen werden.

× Unfall. Während eines Eisenbahner-Vergnügens im Saale des „Schützenhauses“ kam Freitag früh Maria Monikowska von hier im Treppenflur zu Fall. Sie zog sich eine Kopfverletzung zu und mußte zum Verbinden in das städtische Krankenhaus gebracht werden.

× Gestohlen? Dienstag nacht gegen 11 Uhr wurden in der Waldstraße (ul. Slowackiego) zwei Säcke mit je 100 Kilogramm Zement gefunden, die höchstwahrscheinlich aus einem Diebstahl stammen. Sie wurden beim Polizeiposten in der Mellestraße (ul. Mickiewicza) sichergestellt.

× Fünf diebstahlsverdächtige Personen wurden am Dienstag festgenommen und bis auf eine in Polizeiarrest gesetzt. — Angemeldet wurden ein Einbruchs- und zwei gewöhnliche Diebstähle, von denen einer inzwischen aufgeklärt wurde, ferner sechzehn Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften.

× Wegen unlegalen Besitzes militärischer Waffen verurteilte die Burgstaroste in Thorn den in Wiesenbürg (Przytyle) hiesigen Kreiswohnhäusern Jan Fioranczakiewicz, der erst kürzlich unter dem Verdacht, an dem Überfall auf das Gehöft des Landwirts Max Rahn in Schwarzbach (Czarnebóto) teilgenommen zu haben, verhaftet worden war, zu 3 Tagen Arrest.

× Aus dem Landkreise Thorn, 17. Januar. Selbstmord verübt Dienstag früh gegen 9 Uhr in seiner Wohnung in Brzoza ein 86 Jahre alter Einwohner, indem er sich erhängte. Die Tat ist auf einen Nervenzusammenbruch zurückzuführen. Die Leiche wurde zwecks Bestäigung durch eine gerichtliche Kommission sichergestellt.

× Podgorz, bei Thorn, 17. Januar. In der ersten Sitzung des neu gewählten Stadtparlaments, die am Montag dieser Woche stattfand, wurde nach der feierlichen Verpflichtung der Stadtverordneten die Übersendung von Huldigungsschreiben an den Wojewoden und den Kreisstarosten Rogowski beschlossen. Sodann wurde zur Wahl des Vizestadtpresidenten und dreier Beisitzer geschritten. Für den Posten des Vizestadtpresidenten kandidierten Direktor Daniel Sapica und Józef Szczęzmański, von denen ersterer mit Stimmenmehrheit gewählt wurde. Zu Beisitzern wurden Edmund Szulc, Bernard Rutkowski und Leon Szymbański gewählt.

× Gdingen (Gdynia), 17. Januar. Eine gefährliche Diebesbande, die ihr Unwesen in Grabowken, Kielau und auch im Zentrum der Stadt trieb, konnte von der Polizei unschädlich gemacht werden. Die Diebe, an deren Spitze St. Dąbrowski stand, stahlen alles, was ihnen in die Hände fiel. Eine größere Diebesbande wurde bei ihnen vorgefunden. Die geschädigten Personen mögen sich bei der Polizei melden.

× Ein Unglücksfall zum Opfer fiel im Hafen der Schiffsheizer J. Raczkowski, der in eine Luke fiel. Er erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß er in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht wurde.

Ein Autounfall ereignete sich in der Nähe der Stadt infolge übermäßiger Geschwindigkeit. Das Auto des P. Stolarczyk fuhr gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Der Genannte erlitt schwere Verletzungen, während der Chauffeur heil davonkam.

Größere Veruntreuungen beging der Beamte Diamentowski der Firma Lempicki. Er fälschte mehrere Quittungen und verschwand dann spurlos mit 1000 Złoty, die er auf der Bank einzahlen sollte.

× Konitz (Chojnice), 17. Januar. In dem Prozeß gegen den früheren Oberwachtmeister Ryżynski wurde gestern abend gegen 9 Uhr das Urteil gefällt. R. erhält 2 Jahre und 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Chorverlust. Die Untersuchungshaft wurde ihm angerechnet.

Unter dem Vorsitz des Obermeisters Terlecki fand die Gesellenprüfung im Schlossergewerbe statt. Es bestanden die Kandidaten Rudolf Sawacki, Lehrmeister Rott-Konitz mit Gut, Leon Thiede, Lehrmeister Kurth-Czerni und Bernhard Buchacki, Lehrmeister Schütz mit Sehr gut, Leon Deja, Lehrmeister Spitter-Luchel und Franz Schulz, Lehrmeister Bruno Niedel-Konitz mit Gelingend, Franz Giersz, Lehrmeister Bruno Niedel-Konitz mit Praktisch gut, theoretisch genügend.

Bei der Generalversammlung der Tischlerinnung wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß die Bemühungen der Innung, die Schwarzarbeit zu bekämpfen, erfolglos geblieben sind. Die Versammlung war schwach besucht.

× Strasburg (Brodnica), 17. Januar. Der letzte Wochenmarkt war infolge der Glätte schwach besucht. Es wurde gezahlt für Butter pro Pfund 1,20–1,30, für Eier 1,60 pro Mandel. Auf dem Schweinemarkt herrschte wenig Betrieb; schwere Schweine brachten 38–40 Złoty pro Bentner, Baconschweine 32 Złoty. Kerle standen im Preise von 25–30 Złoty das Paar.

Aus dem Kolonialwarengeschäft des Jan Ulatowski in der ul. Wybickiego stahlen Diebe Tabak und Zigaretten. — Wladyslaw Piotrowski aus Mszan wurde aus dem Stall zweier Kerle entwendet.

× Soldan (Działdowo), 17. Januar. In diesen Tagen weilt bei der hiesigen Finanzkasse eine Untersuchungskommission aus Graudenz, um ein verschwendenes Dollardeposit ausfindig zu machen. Bei der Übernahme der Finanzkasse durch den jetzigen Leiter stellte man fest, daß 4000 Dollar in Banknoten, die ein polnischer Rückwanderer als Kavution niedergelegt hatte, fehlten. Das Geld wurde seinerzeit in einem versiegelten Briefumschlag hinterlegt. Bei der Kassenübernahme prüfte man alle Depositen nach und hier zeigte sich, daß sich in dem fraglichen Briefumschlag anstelle der 4000 Dollar wertlose deutsche Banknoten befanden. Wer das Geld unterschlagen hat, wird die Untersuchung ergeben.

Graudenz.

Für das Geschäft

meines Mannes unverändert weiter und bitte um güt. Unterhölung.

Anna Rieboldt,
Installationsbüro, 1221

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 21. Jan. 1934

3. Sonntag n. Epiphanius.

Evangel. Gemeinde

Graudenz, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst, Borm. 11 1/2 Uhr

Kinder-Gottesdienst

Montag abends 8 Uhr

Jungmädchenverein, Dienstag

abends 8 Uhr Polonendorf,

Mittwoch nachmitt. 5 Uhr

Bibelliß, abends 8 Uhr

Kirchhof, Donnerstag

abends 8 Uhr Jungmänner-

verein, Freitag nachmitt.

4 Uhr Frauenhilfe, abends

8 Uhr Jungvolk-Heimab.

Mission Graudenz, Ogrodowa 9–11

Vormitt. 9 Uhr Morgen-

andacht, 6 Uhr Evangel.

11 1/2 Uhr Kinder-

Gottesdienst, Sonntag

12 Uhr Bibelliß.

Sonntag, den 21. Jan. 1934

3. Sonntag n. Epiphanius.

* * Bedeutet anschließende

Abrundmahlfeier.

Mitk. Kirche, Borm.

10 1/2 Uhr Gottesdienst, Borm.

Dr. Hener, 11 1/2 Uhr

Kinder-Gottesdienst.

St. Georgen - Kirche,

vorm. 9 Uhr Gottesdienst,

Pfr. Dr. Hener, 10 Uhr

Kinder-Gottesdienst.

Grottau, Borm. 9 Uhr

Gottesdienst, Einführung

der Aeltesten.

Lukan, Borm. 11 Uhr

Gottesdienst, Einführung

General O'Duffy's Zübersicht.

(Von unserem Korrespondenten.)

G. P. London, 17. Januar.

Die faschistische Bewegung in Irland hat in den letzten Wochen weiter bedeutende Fortschritte gemacht. Die Regierung De Valeras, die bis dahin eine überaus aggressive Kampagne gegen die faschistische "United Ireland Party" (Partei eines geeinten Irland) geführt hatte, ist nur auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt. Die innerpolitische Lage ist völlig verändert. Und vom bewegten Hintergrunde der irischen Innenpolitik hebt sich immer deutlicher die interessante Gestalt des Generals O'Duffy als diejenige des neuen Führers der irischen Nation ab.

Es erweist sich nun, daß die Regierung De Valeras eine große Dummheit begangen hat, als sie im Dezember vorigen Jahres General O'Duffy wegen eines höchst faden-scheinigen Grundes — Tragen einer verbotenen Uniform — verhaftet und vor Gericht gestellt hatte. O'Duffy hatte sich in seinem Kampf stets streng ans Gesetz gehalten und sich kein Vergehen zuschulden kommen lassen. Dieser Umstand kam ihm nun sehr zugute: das Festhalten am Recht und an der Gesetzmäßigkeit erwies sich im Kampf O'Duffys gegen das Regime De Valeras als die mächtigste und wirksamste Waffe. Der General macht geltend, daß er von De Valera „wegen eines im irischen Gesetzbuch unbekannten Vergehens, nämlich wegen Tragen eines blauen Hemdes“, verhaftet worden sei; er verlangte seine unverzüglichste Freilassung. Und die Regierung sah sich denn auch — wie erinnerlich — genötigt, den General aus der Haft zu entlassen. Nun aber bezichtigt sie General O'Duffy eines neuen „Verbrechens“: sie wirft ihm vor — die Ermordung De Valeras geplant zu haben und zitiert ihn vor das Kriegsgericht. O'Duffy seinerseits bestreitet die Zuständigkeit des Kriegsgerichts und appelliert daherhalb an den höchsten Gerichtshof des Landes. Dieser wird in den nächsten Tagen zu entscheiden haben, ob das Kriegsgericht zum Urteil des Generals kompetent ist oder nicht. Die politische Atmosphäre ist aber inzwischen so geladen, daß es sich beim Urteilspruch des höchsten Gerichtshofes keineswegs mehr um einen nur juridischen Streitfall handelt; bestätigt der Gerichtshof die Kompetenz des Kriegsgerichts, so hat O'Duffy sich diesem zu stellen, verneint es die Kompetenz, dann ist O'Duffy frei; in letzterem Falle aber würde die Regierung De Valeras einen höchst empfindlichen Prestigeverlust erleiden und vor-aussichtlich zu Neuwahlen Zuflucht nehmen müssen, deren Ausgang heute für De Valera höchst zweifelhaft sein würde.

Die Unzufriedenheit mit der „halb-sozialistischen und unnationalen“ Regierung De Valeras und seinem ruinösen Wirtschaftskrieg mit England, an dem er noch immer störrisch festhält, hat in den letzten Monaten weiterhin stark zugenommen. Es befinden sich bereits nicht nur die Gütsbesitzer und größeren Pächter, sondern auch die kleineren Farmer und Bauern in einem fast offenen Aufruhr gegen die De Valerasche Wirtschaftspolitik, die, wie sie sagen, sie bald völlig ruinieren wird. In Anbetracht dieser Tatsachen ist es nicht verwunderlich, daß die Gegner De Valeras immer mehr und mehr Anhänger gewinnen. Der Zustrom hat sich besonders verstärkt, als die faschistische Partei O'Duffys (die „Nationale Garde“ und der Bund „Junges Irland“) sich vor einiger Zeit mit der Nationalen Partei Cosgraves zusammen und die neue Partei „Geeintes Irland“ bildete. Cosgraves Partei, die zehn Jahre lang an der Macht gewesen und Irland im allgemeinen nicht schlecht verwaltet hatte, ist mit dem Lande eng verwachsen. Aber ihr fehlte der neuzeitliche ideelle Inhalt und vor allem ein Führer, in dem die Massen einen Erneuerer und Einiger der Nation sehen würden. Beides ist nun aus dem Lager der Blauhemden gekommen: die Verbindung mit „Jung-Irland“ und den Blauhemden hat den nationalen Schichten Irlands neue ideelle Kräfte zugeführt, hat ihnen die Mithilfe gut disziplinierter Parteidruppen verschafft und hat ihnen vor allem in der Person General O'Duffys einen Führer von unzweifelhafter Begabung gegeben.

Der Erfolg hat denn auch nicht lange auf sich warten lassen. Die aus der Verbindung beider Parteien hervorgegangene „United Ireland Party“ ist heute in Irland ein Machtfaktor, dessen Bedeutung mit jedem Tage wächst. Ein von Tausenden von Blauhemden besuchtes Massenmeeting, des O'Duffy und Cosgrave vorigen Sonntag in Wexford abhielten, bezeichnen selbst die vorsichtig wägenden „Times“ als „die eindrucksvollste politische Volksversammlung, die Irland im Laufe der letzten zehn Jahre erlebt hat“: sämtliche anwesenden Parteimitglieder, gleich welchen Alters, trugen blaue Hemden und Blusen; ein blaues Hemd trug auch Ge-

neral O'Duffy selbst; die tausendköpfige Menge grüßte den Führer mit erhobenem Arm, zu Ehren mehrerer Blauhemden, die in den letzten Wochen von ihren Feinden ermordet worden waren, wurde eine Totenfeier abgehalten; doch der Führer ermahnte seine Gefolgschaft, nicht zu Vergeltungsmaßnahmen zu greifen und betonte, daß die Einigkeit der irischen Nation sein Hauptziel sei. Die Blauhemden und ihr Führer O'Duffy sind voller Zuversicht auf einen kommenden Sieg. Die große Mehrzahl der Nation, sagen sie, hat sich endgültig von De Valera und Fianna Fail abgekehrt. Es werden nur mehr wenige Monate vergehen und auch Irland wird eine faschistische Regierung mit einem wirklichen nationalen Führer an der Spitze haben.

General Marchand †.

Der Held von Faschoda.

In Paris starb im Alter von 71 Jahren der französische General Marchand, der einst im Mittelpunkt des Faschoda-Konfliktes stand.

Im Jahre 1898 war es, als die französisch-englischen Beziehungen einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt wurden. Der englische General Lord Kitchener, der später während des Weltkrieges, ein tragisches Ende fand, hatte den Mahdisten-Aufstand im anglo-ägyptischen Sudan niedergeschlagen, nachdem er dem Kalifen bei Omdurman eine schwere Niederlage beigebracht hatte. Zu dem gleichen Zeitpunkt erhielt er die Nachricht, daß eine fremde europäische Streitmacht am oberen Nil gelandet sei und dort eine den Eingeborenen unbekannte Flagge gehisst habe. Schnell entschlossen begab sich Kitchener mit seiner Flottille den Nil aufwärts und erreichte in schneller Fahrt Faschoda, das von französischen Truppen unter Führung des Majors Marchand besetzt war. Die Franzosen waren quer durch die Sahara marschiert und hatten in Faschoda die Trikolore gehisst.

Faschoda gehörte zu den Besitzungen des Vizekönigs von Ägypten, und Kitchener verlangte die Räumung des besetzten Gebietes. In einer historisch gewordenen Unterredung machte er den französischen Kommandanten darauf aufmerksam, daß er ihm mit einer bedeutenden Übermacht gegenüberstehe, und daß seine Truppe von der Waffe Gebrauch machen würde, wenn die Franzosen sich nicht zurückzogen. Marchand jedoch entschloß sich allen Drohungen zum Trotz nicht zum Abmarsch, mit der Begründung, daß er die Weisungen seiner Regierung abwarten müsse. Naturgemäß hatte der Zwischenfall von Faschoda erste politische Schritte im Gefolge. Das französische Prestige stand auf dem Spiel, und die Lösung des Konflikts war von maßgebender Bedeutung für den Erfolg der Kolonialpolitik des damaligen französischen Außenministers Delcassé. Längere Zeit schien es, als ob der Streit zwischen Frankreich und England nur mit Gewalt ausgetragen werden könnte.

Schließlich besann sich doch die Französische Regierung eines Besseren. Es war klar, daß der Kampf nicht auf dem Kontinent ausgetragen werden würde, sondern auf See, und es war ebenso klar, daß die französische Seemacht der englischen nicht annähernd gewachsen war. Frankreich mußte ein Interesse daran haben, den Konflikt auf friedliche Weise beizulegen, und da die Engländer von ihren Forderungen nicht abgingen, mußte Frankreich nachgeben. In dem Vertrag vom 21. März 1899 verzichtete Frankreich endgültig auf das obere Nilthal, während England den westlichen Sudan als französisches Interessengebiet anerkannte. Die Kolonialpolitik des Ministers Delcassé war als endgültig gescheitert anzusehen, und der Minister zog aus dieser Tatsache kurzerhand die Konsequenzen. Da er gegen England nicht ankommen konnte, sah er die einzige Möglichkeit der weiteren politischen Entwicklung für Frankreich in einer Annäherung an England mit deutlicher Spize gegen Deutschland. Insofern kann der Konflikt von Faschoda als eine der Keime zu Weltkriege betrachtet werden.

Das französische Volk war klug genug, den Major Marchand für diesen Fehler nicht verantwortlich zu machen, im Gegenteil wurde sein manhaftes Verhalten Lord Kitchener gegenüber allenfalls ehrenhaft anerkannt. Als Marchand an der Spitze seines Expeditionskorps am 1. Juni 1899 in die französische Hauptstadt einzog, wurde er gefeiert, als ob er aus einem siegreichen Gefecht zurückkehrte.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementauskunft beilegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erstellt.

„Bodenwert.“ Alles was mit dem Testament und seiner Durchführung zusammenhängt, belastet die Erbmasse, wenn der Erblasser nicht ausdrücklich eine andere Regelung angeordnet hat.

„Der blonde Trojaner.“ Sie können zu nichts gezwungen werden. Vorläufig ist eine Regelung des Nachlasses Ihres Vaters noch nicht erfolgt, und wenn die betreffende Kasse ihre Ansprüche geltend machen will, so kann sie sich zurzeit nur an alle Erben wenden und nicht an einen einzelnen von ihnen. Das Wichtigste ist, daß die Erben sich untereinander verständigen, und daß es nicht zu einem Verlauf des Grundstücks kommt.

G. G. 100. 1. Für die Hypothek von 1200 Mark haben Sie an Kapital 222,21 Zloty zu zahlen und dazu an Zinsen zu 5 Prozent für die letzten 4 Jahre, die bis 31. 12. 33 — 44,44 Zloty ausmachen. 2. Für die Hypothek von 1800 Mark haben Sie an Kapital 135 Zloty und an Zinsen bis Ende 1933 — 27 Zloty zu zahlen. 3. Für die 20000 Mark sind an Kapital 6,80 Zloty und an Zinsen bis 31. 12. 33 1,82 Zloty zu zahlen. Die 20000 Mark hatten nur einen Wert von 44 Zloty.

Franz. Else M. in G. Eine Ausführungsverordnung zu dem deutsch-polnischen Abkommen über den kleinen Grenzverkehr ist in Polen noch nicht errichten.

Ludwig S. hier. Die 4 Mill. poln. Mark vom Oktober 1922 hatten einen Wert von 2857 Zloty. Was Sie heute wert sind, hängt davon ab, wie sie angelegt waren. Waren Sie auf Hypothek verliehen, so können dafür 15 Prozent = 428,55 Zloty verlangt werden; waren Sie aber auf Schuldchein oder auch ohne Schuldchein verliehen, so können nur 10 Prozent = 285,70 Zloty zurückverlangt werden.

Friedrich W. in Sz. Sie müssen blaue Marken der 2. Klasse zu 45 Groschen kleben. Wenn rote Marken der 1. Klasse zu 90 Groschen können nur geklebt werden bei einem Monatsverdienst bis 37,50 Zloty. Ihr Knecht verdient aber monatlich mehr als 37,50 Zloty, denn er erhält 19 Zloty Monatslohn, und Wohnung und Unterhalt wird auf Dörfern mit 36 Zloty monatlich bewertet, so daß der Knecht 55 Zloty monatlich verdient.

„Nebrieten.“ 1. Das Mädchen, das im landwirtschaftlichen Betrieb tätig ist, braucht nicht mehr in der Krankenkasse versichert zu werden. Und Sie als Arbeitgeber könnten das Mädchen bei einem anderen privaten Krankenkassen anmelden. Sie können deshalb die Forderung der Krankenkasse ablehnen mit der Begründung, daß das Mädchen landwirtschaftliche Arbeiterin ist, die nur gegen Unfälle zu versichern ist. Sie zahlen gewiß als Nutznießer von Landbeiträgen für die Unfallversicherung, wodurch alle bei Ihnen in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, auch wenn Sie nur zeitweise beschäftigt sind, mitversichert sind. 2. Zum Arbeitsfonds beizutragen sind Sie gesetzlich verpflichtet. Sie haben, wenn Sie Arbeiter beschäftigen, 1 Prozent bezahlen, was Sie Ihrem Mädchen an Lohn (dazu gehören auch die Naturalien; Wohnung, Unterhalt usw.) geben, als Ihrem Beitrag zum Arbeitsfonds an die frühere Krankenkasse abzuführen. Ferner müssen Sie 1 Prozent bezahlen, was das Mädchen bekommt, als deinen Beitrag zum Arbeitsfonds an die Krankenkasse abführen. (Gesetz vom 16. 8. 33.)

„Rundfunk.“ Die Angabe, daß der Käufer die Anzahlung von 300 Mark „im Herbst“ 1919 geleistet hat, ist zur Feststellung des Wertes dieses Betrages nicht ausreichend; Sie müssen vielmehr genau angeben, in welchem Monat 1919 Sie das Geld erhalten haben. Denn der Wert der deutschen Mark war gerade im Herbst 1919 sehr unsicher. Im Oktober des genannten Jahres hatten 4 Mark 20 Pf. nur den Wert von 1 Zloty; im November war der Kurs der Mark noch schlechter, es galten 5½ Mark nur 1 Zloty, und im Dezember hatten 7 Mark nur den Wert von 1 Zloty. Wenn also die 300 Mark im Dezember 1919 gezahlt worden sind, so haben Sie nur 48 Zloty zu zahlen; wurden Sie im November gezahlt, so hätten Sie nur 54 Zloty 50 Groschen dafür zurückzuzahlen.

Nr. 888 B. 3. 1. Der Anfang des Testaments lautet besser so: Wir Gehende (folgen die Vorn- und Familiennamen beider) legen uns gegenseitig als Erben ein. Gleichzeitig bestimmen wir, daß unser Grundstück usw., so wie Sie es aufgeschrieben haben. Und zum Schluss Ort und Datum und die Unterschrift beider. Die erste Unterschrift gleich hinter dem ersten Satz ist überflüssig. 2. Wenn der Käufer mit zwei aufeinander folgenden Mietzahlungen oder Teilen davon im Rückstand geblieben ist, können Sie gegen ihn auf Exmissionslagen, denn das ist ein „wichtiger Grund“ zur sofortigen Löschung des Mietverhältnisses. 3. Quittungen über Beiträge bis zu 50 Zloty einschließlich sind frei von der Stempelsteuer.

Nakel-Reze. Senden Sie uns, bitte, die erste Aufforderung zur Zahlung zur Einsicht ein, dann werden wir Ihnen Bescheid geben.

Neujahr 34. Vielleicht senden Sie uns die Zahlungsaufforderung zu dieser Steuer zur Einsicht ein; am besten die von beiden Stellen. Erst dann wird es uns möglich sein, Ihnen Auskunft zu erteilen.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

einer Insel zur anderen zu gelangen. Zweifellos gab es auch damals bereits Eislaufkünstler, die ihre staunenden Zeitgenossen durch kühnes Figurenlauen und grazile Eis-tänze verblüfften. Auch die langen Schneeschuhe sind eine Erfindung der nordischen Völker.

Dass auch die alten Germanen dem „Wintersport“ huldigten, haben Ausgrabungen und Anspielungen in germanischen Sagen bewiesen. Unsere Vorfahren kannten bereits vor dreitausend Jahren Schlittschuhe, primitive, aus glattgeschliffenen Pferdeknochen angefertigte Schuhe, mit denen sie blitzschnell über das Eis slitten. In der „Edda“ wird von dem germanischen Gott Uller erzählt, daß er sich durch Pfeil und Schlittschuhe von den anderen Göttern auszeichnete. Eine Art

Schlitten als Beförderungsmittel

war ebenfalls bekannt. Vielleicht haben die alten Germanen auch damit gerodelt. Der Rodelsport hat ohne Zweifel einmal damit angefangen, daß die Buben aller Völker und aller Zeiten sich einfach auf den Hosenboden setzten und die schneebedeckten Abhänge hinunterrutschten. Dann fanden auch die Großen an diesem „Sport“ Gefallen und erdachten sich Hilfsmittel, um dieses Vergnügen zu genießen. Der erste Schlitten ist natürlich nicht aus Sportbegeisterung erfunden worden, sondern aus der Notwendigkeit, ein Transportmittel zu beschaffen, mit dem man Lasten über verschneite Abhänge aufzuschaffen konnte. Dass die alten Germanen aber auch aus reinem Vergnügen und aus Freude an der Bewegung in Schnee und Sonne rodelten, beweisen von Statuen erfüllte Berichte des griechischen Schriftstellers Plutarch, der im ersten Jahrhundert nach Christus lebte. Er schildert einmal, daß die Germanen auf die Berge kletterten, sich bärhüllig auf ihre Schwäde legten und so die steilen Abhänge hinunterstießen. Das schien ihnen großes Vergnügen zu bereiten, so daß sie „trotz ihrer mangelhaften Bekleidung“ die strenge Kälte nicht spürten.

Die Wintersportkünste des Mittelalters

vergnügten sich vornehmlich beim Eislaufen. Man benutzte damals hölzerne Schlittschuhe, doch gab es auch schon Schlittschuhe mit Laufplatten aus Metall, die zuerst in Holland hergestellt wurden. Der Eislauf erfreute sich immer größerer Beliebtheit. Im 14. Jahrhundert gab es in Frankreich sogar eine regelrechte Kunst der Schlittschuhmacher, die strenge Vorschriften hatte. So war z. B. eine vierjährige Lehrzeit vorgeschrieben, ehe man die Gesellenprüfung machen konnte, und wer gar Meister werden wollte, hatte ungewöhnlich hohen Anforderungen zu genügen. In Deutschland kam es gelegentlich zu Übertreibungen, die Schlittschuhläufer hängten sich mit Schellen und Klingeln und vollführten einen Heidenlärm, in mehreren Städten wurde durch eine Verfügung des Bürgermeisters der Eislauf verboten. Die Vornehmen sahen auf diesen „Sport“ mit Verachtung herab. In einer Mansfelder Schulordnung aus dem Jahre 1580 kam man nachlesen, daß der Eislauf als „unnatürliches, geradezu närrisches Hin- und Herlaufen auf dem Eise“ untersagt war.

In der Zeit unserer Klassiker lebte die Freude an freier Bewegung in der winterlichen Natur wieder auf. Klopstock war einer der ersten, die der Schlittschuhsport in seine Begeisterung versetzte. Er hat ihn auch in vielen Gedichten befungen. Die Schlittschuhe in den vergangenen Jahrhunderten waren freilich noch sehr unpraktisch und verbürgten kein ungefährliches Vergnügen. Der moderne Stahl-schlittschuh ist eine amerikanische Erfindung und wurde erst vor etwa 70 Jahren in Europa bekannt. In den letzten Jahrzehnten haben die langen schmalen Bretter, die aus dem Nordland zu uns kamen, die Sportbegeisterten erobernt, und die Zahl derer, die das Skilaufen als wahren und schönsten Wintersport bezeichnen, nimmt mit jedem Jahre zu.

Zur Entschuldungsaktion für die Landwirtschaft.

In der "Gazeta Polonica" führt Stefan Görski eine Reihe von stichhaltigen Argumenten an, die dafür sprechen, daß in Polen eine Entschuldungsaktion für die Landwirtschaft unternommen wird. Der Autor weist vor allem darauf hin, daß die Bezeichnung "Entschuldungsgesetz", wie man die letzten Gesetze und Verordnungen über die Zinssenkung, die Verteilung der Verschuldungen auf Raten usw. nennt, nicht ihrem Inhalt entspricht. Denn diese Gesetze haben nichts gemein mit der gesetzlichen Herabsetzung der Verschuldungsskala selbst, die z. B. in Rumänien und Brasilien um 50 Prozent gesunken ist. Das Leben ergibt jedoch die Notwendigkeit, diesen Prozeß auch in Polen einzuführen.

Einige Artikel, wie z. B. der Hafer, ist im Preise fast um ein Drittel aus dem Jahre 1927 gesunken, an einem Meter Weizen haben wir in Minus eine Differenz von 3344 Zloty, am Roggen 28,60 Zloty, an Gerste 26,16 Zloty. Die Währung des Landwirts ist sein Gegenstück. Hat er im Jahre 1927 ein Äquivalent von 100 Metern Korn in Zloty geliehen, so ist es eine physische Unmöglichkeit, daß er außer der Zahlung der überaus hohen Zinsen heute die Schuldsumme abgeben könnte, die nach seiner Berechnung heute nicht 100, sondern 200 oder sogar 300 Metern dieses Korns gleichkommt. Der Gläubiger

ger, der heute seine 1000 Zloty in Empfang nimmt, die er vor fünf oder sechs Jahren verborgt hat, kann heute zwei ja sogar dreimal mehr Korn oder Land erwerben. Die Kaufkraft des Geldes ist um das Dreifache gestiegen, gleichzeitig aber ist der Landwirt in denselben Verhältnis ärmer geworden.

Und aus diesem Grunde wird die Regulierung der Goldmark, ohne sie einer Revision zu unterziehen, in der Landwirtschaft immer weniger ausführbar. Ermunternde Worte des Regierungschefs aber, daß sich die Gläubiger mit den Schuldnern in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse einigen sollten, gewinnen eine ganz besondere Bedeutung."

Nach Ansicht des Autors kann nur die Vermittlung des Staates das große Problem des Wirtschaftskonflikts lösen, den das Leben zwischen dem landwirtschaftlichen Schuldner und dem kapitalistischen Gläubiger geschaffen hat:

"Der Landwirt will heute niemand benachteiligen, er will an seinen Schulden nicht verdienen. Seine wirtschaftlichen Möglichkeiten gestatten ihm jedoch, nur soviel abzugeben, als er als Äquivalent seiner Produktion oder des Wertes eines Teiles seines Vermögens erhalten hat. Der Gläubiger braucht nichts zu verlieren, aber auch nicht übermäßig zu verdienen. Er soll nicht auf Kosten des unter der Last der Verpflichtungen zusammenbrechenden Landwirts seine Forderung verdoppeln oder verdreifachen."

Kleine Rundschau.

Heiligspredigung der Johanna Thorett.

In der Peterskirche wurde am Sonntag die Heiligspredigung der Gründerin des Ordens der Caritas-Schwestern, Johanna Antida Thorett, durch Papst Pius XI. vollzogen. An der Feier nahmen außer dem hohen Klerus und den geistlichen Orden das gesamte beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Korps sowie das römische Patriariat, die Ritter des Malteser-Ordens, des Ordens vom Heiligen Grab und der gesamte Hofstaat des Papstes teil. Die Basilika war bis auf den letzten Platz mit Andächtigen gefüllt, als der Papst seinen Einzug hielt, vom Gruß der silbernen Türen empfangen. Nach dem feierlichen Ceremoniell der Heiligspredigung und dem Te Deum wohnte der Papst dem anschließenden Pontifikalamt bei und erteilte zum Schluss vom Thronherrn aus seinen Segen.

Die zu den Ehren des Altars erhobene Heilige Johanna Thorett wurde im Jahre 1765 bei Besançon geboren und starb in Neapel, wo sie die längste Zeit ihres Lebens gewirkt hatte, im Jahre 1826.

Ein schweres Automobil-Unglück

ereignete sich am Dienstag abend auf der Landstraße Aix nach Marseille. Ein mit fünf Personen besetztes Automobil fuhr gegen Mitternacht in voller Fahrt auf einen in Fahrt befindlichen Lastkraftwagen auf. Vier Insassen kamen ums Leben. Die fünf Insassen kamen von einem Abendessen, zu dem sie ein gemeinsamer Freund, ein Irrenarzt in Aix eingeladen hatte. Es kamen bei dem Unglück ums Leben: Der Sohn und die Tochter eines Gymnasialprofessors in Marseille, eine Medizinstudentin aus Marseille und der Eigentümer des Autos. Der fünfte Insasse kam mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon.

Warenhaus-Brand in Lille.

In den Abendstunden des Montag wurde ein liller großes Warenhaus durch Großfeuer völlig zerstört. Man schätzt den Sachschaden auf fünf Millionen Frank. Die Ursache des Feuers ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß ein Arbeiter bei Ausbesserungsarbeiten am Dach versehentlich mit der Lötlampe einen unter der Reparationsstelle befindlichen Zeltplan in Brand setzte. Die 300 Angestellten des Warenhauses sind durch den Brand brotlos geworden.

Zwei Jahre lang in einer Kiste eingesperrt.

Die Grazer "Tagespost" meldet aus Marburg:

Vor dem Marburger Kreisgericht fand ein Strafprozeß statt, der ein furchtbare Menschenschicksal enthüllte. Der 35jährige Besitzer Hermann Bauschek hatte intime Beziehungen mit seiner Magd. Aus diesem Grunde hat er seine Frau, Mutter von zwei Kindern, durch zwei Jahre in

einer Kiste im Stall eingesperrt gehalten. Die Frau wurde wie ein Tier gehalten, war fast unbekleidet und erhielt als Nahrung nur Abfälle. Vor ungefähr zwei Monaten gelang es ihr zu entfliehen. Aus Angst vor ihrem Mann irrte sie lange Zeit in den Wäldern umher. Vor 14 Tagen wurde sie tot aufgefunden. Erst dadurch kam man dem ganzen Drama auf die Spur. Der Mann wurde nur zu drei Jahren, die Magd zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Die Flut der Formulare.

Die "Pravda", das Sanierungsorgan der Podzustindustriellen, macht folgende Bemerkungen über das Formular-System, das in Polen herrscht:

"Das Formular spielt bei uns eine ungeheure Rolle. Alles dreht sich um das Formular, ohne Formular ist nichts gemacht. Nach der Zahl der Formulare bewertet man Häufigkeit, Arbeitsamkeit, sozialen und wirtschaftlichen Wert, Korrektheit, Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit. Ein Mensch, der die Formulare nicht ausfüllt und nicht vorlegt, ist kein vollwertiger Bürger, und eine Institution, die nicht waggonweise Papier verbraucht, muß zweifellos Organisationsmängel aufweisen; man muß sie also notgedrungen reorganisieren. So ist der Standpunkt und so ist die Ansicht unserer Bureaucratie. Die Spitzen der Staatsbehörden sind demgegenüber machtlos. Jede Initiative ihrerseits, die von dem besten Willen diktiert sein mag, wird durch den Ausführungssapparat ausgenutzt, um die Menge der Formulare zu vermehren; sie endet in einem papierenen Grabe.

Der Rekord der Erhöhung dieser Menge von Papieren und Formularen, einer leeren Arbeit, ist zweifellos dem neuen Sozialversicherungsgesetz zugeschrieben, da dieses alle Beteiligten, besonders die Industrie, mit solchen Bergen belastet, daß unter ihrem Druck manches Unternehmen zusammenbrechen wird. Je schwächer in der Industrie der Produktionspuls schlägt, um so mehr Formulare mit erfundungsreichen Rubriken sind auszufüllen. Und jedes neue Formular bedeutet eine neue Verpflichtung, irgendeine neue Last, eine neue Leistung, eine neue Quelle von Verwaltungsstrafen usw. . . ."

Man vergißt dabei jedoch, daß die Verpflichteten zum größten Teil weder in der Lage sind, diese Formulare auszufüllen, noch alle Gebühren zu zahlen.

Man vergißt dabei ferner — so möchten wir hinzufügen — daß die Formulare auch knapp und klar in ihrer Sprache sein müssen. Das läßt sich nicht immer von allen Produkten dieser Gattung behaupten. Besonders das jetzt nach dem neuen Sozialversicherungsgesetz auszufüllende Formular Nr. 7 ist ein Muster dafür, wie — ein Formular nicht sein soll. (D. R.)

Wer von den

Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat Februar noch nicht bestellt hat, wolle das Abonnement rechtzeitig, möglichst heute noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuern. Bestellzettel zur gesetzlichen Verwendung in dieser Nummer.

Die kleine Kiku ist traurig.

Wie der japanische Kaiser Hirohito, so freut sich auch das ganze japanische Volk über den kleinen Thronfolger, den die Götter der Kaiserin Nagako, dem Kaiser Hirohito und ganz Japan nach langen Jahren vergeblichen Wartens schenkten. Wäre dieser kleine Thronfolger nicht gekommen, dann wäre ein Erbgeseß in Kraft getreten, dessen Aussall die Ursache der Traurigkeit der kleinen Kiku ist.

Denn Kiku ist die Gattin des Takamatsu. Und Takamatsu ist der Bruder des Kaisers Hirohito. Ohne Thronerben wäre Takamatsu Thronfolger, also Kaiser geworden und Kiku eben Kaiserin.

Es hatte kaum noch jemand zu hoffen gewagt, daß nach all diesen fehlgeschlagenen Erwartungen, d. h. nach fünf Mädchengeburten, die Götter dennoch in letzter Stunde den Fluch von dem Kaiserhaus nehmen würden. Ein Fluch als Ursache der Mädchengeburten im japanischen Kaiserhaus! Man darf trotz aller Verwestlichung Japans nicht europäische Maßstäbe anlegen. Die Zauberer, die auch jetzt im Hof des Schlosses der Niederkunst, Shiodo, mit ihren Räucherfesseln und ihren seltsamen Papierstreifen herumhantieren, genau wie vor 100 oder 1000 Jahren, hatten, als alle ihre Räucherstücke ebensowenig nützten wie die Gebete der Shintopriester, bald ermittelt, daß nur ein Fluch an dem Unglück schuld sein könne.

Ursache des Fluchs wiederum war Chihiro, der älteste Bruder des Kaisers. Der hatte ein schweres Vergehen gegen die alten Traditionen und die Ahnengesetze begangen, indem er — ganz unjapanisch, dem Zug seines Herzens folgend — eine "Bürgerliche", die schöne und elegante Tsune Matsumura, zur Frau nahm. Diese Frau war in London geboren und die Tochter des bekannten Botschafters und Gesandten gleichen Namens.

Aber wer von der Göttin der Sonne, der Omaterasu Omikani, in gerader Linie abstammt, der darf sich solche Seitensprünge nicht erlauben, ohne den Zorn der Götter auf sich zu ziehen. Und wenn sich der Zorn nur darin äußerte, daß die Schwägerin, die zierliche Nagako, nur Töchterchen bekam.

Die Zauberer jubilierten: Der Fluch ist gebrochen. Der Kaiser, stolz auf den künftigen 125. Mikado, hat nicht geprahlt mit Belohnungen an die Zauberer und Shintopriester, denen er große Summen anwies.

Aber Kiku ist doch traurig. Sie war vor zwei Jahren mit ihrem Gatten in Europa. Man hatte sich als Thronfolgerin schon so vorsätzlich eingeführt. Und nun ist es nichts damit. Schon einmal hatte ihr Herzchen gezittert, als nämlich 1930 die beiden Strencentone in der schweren Stunde über Tokio dahinhenlten. Aber es war ein Irrtum. Ein Diener hatte die Meldung aus dem Wochenerinnenzimmer falsch weitergeleitet. Diesmal war es ein Irrtum. Aber Kiku, als guterzogene Prinzessin der Shogun-Dynastie, zeigt nicht ihren Kummer auf dem schönen, kleinen, ewig gleichen japanischen Puppengesichtchen. Nur ganz tief im Herzen ist sie traurig, weil sie nach menschlichem Ermessens keine Krone tragen wird.

10 000 Tote beim Erdbeben in Indien.

nach 14jähriger Ehe bei der Geburt des achten Kindes starb.

Einen "Traum in Marmor" nennt die Kunstschriftstellerin dieses Gebäude, das heute nunmehr ein wüster Trümmerhaufen ist, das vielleicht nie mehr in seiner alten Herrlichkeit erstehen wird. Dieses kostbarste und größte Mausoleum der Erde erhebt sich in Agra, der alten glanzvollen Hauptstadt des indischen Großmoguln, jener mohammedanischen Kaiser, die während zweier Jahrhunderte und länger in Indien eine Gewaltherrschaft aufgerichtet hatten, deren Zeugen die Prachtbauten in Fatehpur Sikri, Delhi und Agra sind.

Herrlich ist Agra, wo die schönsten und vollendetsten dieser Bauten sind, eine arme und dürtige Stadt, bewohnt von etwa hunderttausend gänzlich verarmten Indern und Muselmanen, die in bescheidensten Hütten hausen, in der einstmals so üppigen Stadt, die in der Zeit ihres größten Glanzes im 13. und 14. Jahrhundert zu den wenigen Millionenstädten der Welt zählte. Von der Macht und Pracht der Großmoguln ist in Wahrheit nichts übrig geblieben, als die starre weiße Pracht der Marmorsäulen, die heute nach vielen Jahrhunderten nur ein trügerisches Bild jener Mohammedanerzeit vermitteln: denn man darf nicht vergessen, daß ehe diese herrlichen Bauten errichtet wurden, deren wundervolle Harmonie und Klarheit uns so ergreift, ungähnliche andere Zeugen einer älteren und vielleicht edleren Kultur den wüsten und grausamen Eindringlingen zum Opfer fielen. Es ist für die Nachwelt grotesk, an den barbarischen Berstörungswahnsturz der Kroaber Indiens zu glauben, angesichts des Reichtums an kulturellen Schöpfungen, den sie hinterließen. Heute sprechen die strahlend schönen Bauwerke eine lebendigere und scheinbar wahrere Sprache, als die düsteren Chroniken, die nur von Gewalt und Mord, von religiöser, grausamer Verfolgung zu berichten wissen.

Der "Traum aus Marmor"

säuft in Trümmer.

Im nördlichen Britisch-Indien ereignete sich soeben ein schweres Erdbeben, das katastrophale Folgen hatte. Die Zahl der Todesopfer und eine genaue Aufstellung der verlorenen Sachwerte stehen noch aus. Das Beben, das nur etwa drei Minuten anhielt, aber besonders starke Erdstöße mit sich brachte, zerstörte eine Unmenge von Gebäuden, darunter auch viele der klassischen, in der ganzen Welt bekannten indischen Prachtbauwerke. Am beispielhaftesten ist wohl die Verstörung des berühmten Mausoleums des Schah Dschahan, des Taj Mahal, eines gewaltigen Grabmals, das einer der mohammedanischen Herrscher Indiens seiner Lieblingsgattin errichten ließ, die

schönsten. Vollkommen hingerissen stand der Europäer vor diesem Wunder, das in der blendenden Sonne der Tropen in seiner unantastbaren Reinheit und Kühle wie eine Offenbarung wirkte. Der Großmogulpalast in Agra umfaßt auch die berühmte Perlenmoschee und das Grabmal der Königin Nur Begum, den "Traum aus Marmor". Zweihundzwanzig Jahre lang sollen 20 000 Arbeiter beschäftigt gewesen sein, um das Mausoleum, das im Stil einer Moschee mit vier schlanken Minaretts, einer großen Mittel- und vier kleineren Seitenkuppeln erbaut ist, gearbeitet haben. Große Spitzbogentore, verziert mit feinstem Marmorwerk aus Marmor — unbegreiflich, wie der spröde Stein so viel Grazie und Leichtigkeit hergegeben — waren die Eingänge, zarte Arabesken ließen längs der Wände, sie waren aus schwarzem Stein und ließen die edle Weise des übrigen Materials noch mehr hervortreten. Unter der hohen Mittelkuppel befinden sich die Gräber des königlichen Paares, umgeben von einer in feinstem Steingitterwerk gearbeiteten Balustrade. Die Sarkophage waren mit Blumen und geometrischen Figuren aus schönen Halbedelsteinen, wie Achat, Türkis, Lapislazuli, aufs kostbarste und Reichste geschmückt. Die in seltener Schmiedearbeit ziselierten silbernen Tore wurden vor etwa hundert Jahren geraubt, an die Edelsteine und an die untadelige Schönheit des Marmorbauens hat noch keine Menschenhand gerührt. Das Erdbeben aber hat nicht halt gemacht vor so viel Vollkommenheit.

Man weiß noch nichts Genaueres, wie weit der Taj Mahal zerstört wurde. Sicher aber ist, daß unzählbare Werte durch die Zerstörung des erlebten Materials vernichtet worden sind. Der Anblick der zerstörten Marmorbauten ist im Augenblick furchtbarlich. Das Chaos starrt dem Betrachter entgegen, wo sonst gerade der überwältigende Eindruck einer vollkommenen Harmonie, wie sie Menschenwerk selten erreicht, vorherrschend war. Wer die Agrae Paläste einmal gesehen hat, wird das Erlebnis von Reinheit und Licht und klarer Schönheit nie vergessen, wenn auch diese Wahrzeichen Indiens auf ewig zerstört sein sollten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Bündholzpreis.

Es ist wiederholt, auch im polnischen Parlament, darauf hingewiesen worden, daß der Preis für Bündholz in Polen entschieden zu hoch ist. Diese Ansicht vertritt jetzt auch der "Kurier Poranny", der sowohl der Regierung, als auch der Regierungspartei nahesteht, in einem Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Der Bündholzabsatz in Polen geht seit einigen Jahren ständig zurück. Im Jahre 1931 wurden insgesamt 111 470 Kisten mit Bündholz verlaufen, im folgenden Jahre 106 888 und im vergangenen Jahre nur 93 680 Kisten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in diesem ständig fortsehenden Sinken des Bündholzverlaufs auf dem Landsmarkt irgend eine grundsätzliche Ursache steckt. Vor dem Jahre 1931 wurden in Polen jährlich etwa 150 000 Kisten mit Bündholzern abgesetzt. Sicher hat die allgemeine soziale Verarmung eine Verringerung des Verbrauchs von Bündholzern beeinflußt, ebenso wie der Verbrauch einer ganzen Reihe von anderen industriellen Produkten. Die Bündholzern sind aber ein Artikel des täglichen Bedarfs und wenn ihr Verkauf ständig geringer wird, so kann diese Verringerung nicht allein der Einfluß der Krise sein.

Der Bündholzpreis ist in Polen seit Jahren derselbe. Für eine Schachtel Bündholz, die durchschnittlich 48 Bündholzern enthält, läuft sich das Bündholzmonopol 10 Groschen zahlen. Man sollte in Erwägung ziehen, ob dieser Preis nicht zu hoch ist und ob seine Herabsetzung nicht eine Vergroßerung des Bündholzverbrauchs zur Folge hätte. Nach unserer Überzeugung wird das Letztere unbedingt der Fall sein. Denn der Bündholzpreis müßte den gegenwärtigen Marktverhältnissen, der verringerten Kaufkraft der Bevölkerung in Polen angepaßt werden. Die Ermäßigung müßte etwa so viel betragen, wie die Preise der anderen industriellen Artikel herabgesetzt worden sind, also mindestens 30 Prozent. Die Herabsetzung des Bündholzpreises würde nicht allein einen Einfluß auf die Erhöhung ihres Verbrauchs ausüben, sondern mittelbar auch dem Schmuggel von Feuerzeugen Einhalt gebieten. Die hohe Stempelgebühr, mit der die Feuerzeuge besteuert wurden, hat das Bündholzmonopol vor der gesetzlichen Konkurrenz nicht bewahrt. Das Bündholzmonopol müßte also eine andere Art des Kampfes ausständig machen. Diese Art wäre eben die Herabsetzung des Bündholzpreises.

Eine Revision der Preispolitik des Bündholzmonopols liegt also nicht allein im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung, sondern auch in dem des Bündholzmonopols selbst.

Der Dollar in Warschau.

Am Mittwoch zeigte der Dollar an der Warschauer Börse eine leichte Neigung zum Steigen. Die gleiche Haltung verriet das englische Pfund. Der französische Frank dagegen bröckelt langsam ab. Die sichere Haltung des Dollars ist damit zu erklären, daß im Augenblick der amtlichen Ankündigung "von Dollarchwankungen in engen Grenzen" die amerikanische Währung aus erklären Gründen ein größeres Vertrauen als bisher errungen hat. Dies könnte auch eine Rückkehr des amerikanischen Kapitals, das bisher Amerika verlassen hat, zur Folge haben. Eine Kapitalrückkehr aber kann ihren Einfluß auf die Zahlungsbilanz und demzufolge auch auf den Kurs des Dollars nicht verfehlten. Mit dem Aufhören der Goldaufkäufe durch die Rekonstruktion Finanz-Corporation hört die bisherige Intervention in der Richtung der Kursherabsetzung des Dollars auf. Die Intervention hatte zwar wenig Erfolg, hat aber immerhin den Markt beeinflußt. Auf eine Kurs schwäche können ebenso psychologische Momente einwirken, die auf die Erklärungen Roosevelt's zurückzuführen sind, wonach 60 Prozent des alten Dollarwertes als die höchste wirtschaftlich zulässige Grenze anzusehen sind. Was den französischen Frank anbelangt, so ist seine Schwäche darauf zurückzuführen, daß bei der relativen Klärung der Sachlage durch Roosevelt eine Abwanderung der amerikanischen Kapitalien aus Frankreich zu erwarten ist, besonders angesichts einer möglichen Stabilisierung. Diese Befürchtungen finden jedoch zunächst noch keine Begründung, da eine Kapitalabwanderung jetzt noch keine großen Ausmaße annehmen kann. In Paris notierte der Dollar gestern 15,90, in Zürich 8,29^{1/2}. Warschau notierte den Dollar mit 5,51 gegen 5,47 am Dienstag.

Bilanz der polnischen Landwirtschaft für das Jahr 1933.

Schon im Jahre 1932 hat die polnische Landwirtschaft infolge des Sinkens der Getreidepreise unter die Anbauosten erhebliche Verluste erlitten. Die Erträge der vier wichtigsten Getreidearten betrugen damals 112,5 Millionen Doppelzentner, wovon auf den landwirtschaftlichen Kleinstbesitz 90,5 Millionen und auf den größeren Besitz 21,9 Millionen Doppelzentner entfielen. Die Notierungen der Getreide- und Produktionsbörsen ergaben für Weizen durchschnittlich 25 Zloty, für Roggen 13 Zloty, für Gerste und Hafer 14 Zloty je Doppelzentner. Für die Deckung der Selbstkosten reichten die Preise nicht aus, dafür hätten sie mindestens um 3 bis 5 Zloty höher liegen müssen. Wenn man annimmt, daß 50 Prozent der Erträge aus der häuslichen Produktion und 60 Prozent der Güterproduktion auf den Markt gelangen, so ergibt sich bei einem Verlust von durchschnittlich 3 Zloty je Doppelzentner ein Defizit der Produktion für die erste Kategorie von 127 Millionen Zloty und für die zweite Kategorie (bei 5 Zloty je Doppelzentner Verlust) von ungefähr 66 Millionen Zloty, insgesamt also ein Defizit von 193 Millionen Zloty. Wenn außerdem noch die unrentable Erzeugung anderer Agrarprodukte berücksichtigt wird, deren Preise in vielen Fällen nicht einmal die Anbauosten decken, sowie die Defizitwirtschaft in der Viehzucht, so kommt man der wahren Lage bereits nahe, wenn man das Gesamtdefizit der landwirtschaftlichen und Viehwirtschaftlichen Produktion Polens für das Jahr 1932 auf 350 Millionen Zloty veranschlagt. Da die Preise für Agrarprodukte im Jahre 1933 noch weiter gesunken sind, so wird mit einer Erhöhung des Defizits im vergangenen Jahre um weitere 20 Prozent gerechnet. So ergibt sich für die beiden letzten Jahre ein Verlust der polnischen Landwirtschaft von etwa 780 Millionen Zloty.

Die Situation verschärft sich noch dadurch, daß der größere Landbesitz bis zu 70 Prozent der diesjährigen Getreiderückerträge für rückläufige Steuern verpfändet hat und erhebliche Schulden besteht. Daneben ist der Grundbesitz durch Hypotheken- und Wechselschulden belastet, die er bei den gegenwärtigen Verlustgeschäften nicht decken kann. Auf der einen Seite wachsen so seine Schuldenverpflichtungen, auf der anderen Seite verbleiben die Preise auf dem Verluststiveau. Eine ähnliche Situation findet man auch beim Kleinstbesitz, dessen Schuldenverpflichtungen schon längst die Grenze des Schätzungsvermögens der Substanz überschritten haben. Viel hat zu dieser Lage das Nichteingehen auf die selbsterklärenden Forderungen der Landwirtschaftsministers während der Sejmdebate, wonach zur Deckung der Steuerrückstände die Liquidation von Landwirtschaften, welche die Krise nicht übersteben können, erfolgen müsse, hat nach Ansicht der Landwirtschaftskreise neue Ungewissheiten gebracht. Seit 3 Jahren wartet die Landwirtschaft auf die ihm von der Regierung gemachten Versprechungen, daß auch nur die wichtigste Forderung, die Beseitigung der Preisunterschiede zwischen Industrie- und Agrarprodukten, annähernd verwirklicht werden könnte. GWD.

Die Verschuldung der polnischen Landwirtschaft.

Über die Verschuldung der polnischen Landwirtschaft liegen jetzt Zahlen vor, die auf eine besondere Aktualität keinen Anspruch erheben können, da sie sich zum Teil auf Feststellungen stützen, die bereits vor einem Jahr gemacht wurden. Die Gesamtsumme der Verschuldung der Landwirtschaft beträgt nach einer vom Landwirtschafts- und Agrarreformministerium vor einem Jahr vorgenommenen Berechnung 4556 Millionen. Davon sind: 1842,3 Millionen langfristige Verschuldungen auf dem organisierten Geldmarkt, 307,9 Millionen Schulden von Kleinbauern aus dem Titel des Landwerbs aus der Parzellierung, 700 Millionen langfristige Verschuldungen auf dem Privatmarkt, 904,8 Millionen kurzfristige Schulden auf dem organisierten Geldmarkt und 800 Millionen kurzfristige Verschuldungen auf dem Privat-Geldmarkt. Außerdem betrugen am 1. Oktober die Rückstände an öffentlichen Leistungen (Staats-, Selbstverwaltungs-, Feuer- und Sozialversicherungen) 354 Millionen Zloty, zusammen 4910 Millionen. Da diese Ziffern Monate zurückliegen, kann fast als sicher angenommen werden, daß sich die gesamte Schuldenlast, die die Landwirtschaft bedrückt, auf rund etwa 5 Milliarden Zloty beläuft. Zum Vergleich darf entgegengehalten werden, daß die Schulden des polnischen Staates am 1. Januar 1933: 5054 Millionen Zloty betragen. Man sieht daraus, daß die Verschuldung der Landwirtschaft der Staatschulden gleichkommt.

Die Dollarsensation in U.S.A.

Noch keine Stabilisierung.

Die Welt ist um eine Währungsüberraschung aus dem Weißen Hause reicher. Präsident Roosevelt hat dem Kongress eine Botschaft zugehen lassen, in der er um eine zusätzliche Gesetzgebung zur Verbesserung des Finanz- und Währungssystems erucht. Der Bundesregierung soll durch das neue Gesetz die Verfügung über alles gemünzte und Barrengold, das sich in den Vereinigten Staaten befindet, gegeben werden. Roosevelt erachtet den Kongress ferner um Festlegung eines Rahmens, innerhalb dessen er den Goldgehalt des Dollars herabsetzen kann, und zwar verlangt er die Möglichkeit der Herabsetzung auf einen Wert, der zwischen 60 und 50 Prozent des früheren Golddollars liegt. Schon nach den früheren dem Präsidenten erzielten Ermäßigungen konnte er die Abwertung bis zur Grenze von 50 Prozent der alten Goldparität vornehmen, aber es schafft eine obere Begrenzung, oder vielmehr: als obere Grenze war die alte Parität anzusehen.

Will Roosevelt nun also den Dollar stabilisieren? Darüber zerbricht sich die Welt in diesem Augenblick den Kopf. Sicher ist nur eines: Der Präsident wünscht den Zeitpunkt, zu dem er eine Stabilisierung vornehmen wird, selbst zu bestimmen, und er will auch die Entscheidung über den Kurs, zu dem die Stabilisierung erfolgt, allerdings innerhalb der nach dem jetzt vorgelegten Gesetz erheblich engeren Grenzen, selbst treffen. Diese Begrenzung schließt zwar für die Zukunft größere Dollarchwankungen aus, aber auch der Spielraum von 10 Prozent ist doch noch groß genug, um eine Manipulation des Dollarwertes nach den jeweiligen besonderen amerikanischen Bedürfnissen, so wie Herr Roosevelt sie sieht, zuzulassen.

Über die letzten Absichten der mit dem jetzt verlangten Gesetz eingeleiteten neuen Währungspolitik gibt aber vor allem die schwerwiegende Bestimmung des kommenden Gesetzes Aufschluß, nach der das Verfügungssrecht über alles in den Vereinigten Staaten vorhandene gemünzte und Barrengold der Bundesregierung zustehen soll. Damit legt sie die Hand auf die gesamte Währungsreserve der Bundes-Reserve-Banken, und auch alles künftig im Lande gewonnene Gold wird nur in den Besitz der Regierung übergehen können. Notwendigerweise geht damit an den Staat das alleinige Recht über Banknoten auszuüben. Roosevelt hat das in seiner Botschaft ausdrücklich hervorgehoben und dieses Recht des Staates zur Begründung des Ansprudes, daß er der alleinige Hüter der Edelmetallreserve des Landes sein müsse, herangezogen. Er hat aber noch mehr gefragt. Er hat erklärt, der Staat müsse auch das Recht haben, von Zeit zu Zeit den Wert dieser Metallgrundlage der Währung zu ändern.

Das sieht nicht danach aus, daß Roosevelt an eine endgültige Stabilisierung denkt, ja nicht einmal danach, daß er den Zustand einer stabilen Währung für den unbedingt wünschenswerten anstrebt. Es gehört zu den wirtschaftlichen Ideen, mit denen er der Krise zuleibe ziehen will, daß er glaubt, daß Problem von der Geld- und Währungsseite her anfassen zu müssen. Verständlich

also, daß er sich seine Waffe beweglich und anpassungsfähig zu erhalten befreit ist.

Mit dem neuen Währungsermächtigungsgesetz zielt Roosevelt aber über den Zweck, aktive Konjunkturpolitik in seinem Sinne treiben zu können, hinaus auf eine gleichzeitige Sanierung des amerikanischen Budgets. Man weiß, daß riesige Anleihepläne schwelen. Nach der einen Meldung sollen 8,4 Milliarden Dollar, nach der anderen sogar 10 Milliarden Dollar Bundesobligationen begeben werden. Dafür, daß sie vom Markt aufgenommen werden, ist wenigstens zunächst eine genüge Befestigung des Dollarwertes und die Befestigung der Sorge vor einer kommenden Inflation notwendig. Das legte umso mehr, als die Obligationen in Abschläge zu 5 und 10 Dollar Nennwert gefüllt werden sollen, damit möglichst weite Kreise des Publikums an sie herankommen können. Diese kleine Stückelung macht die Anleihepapiere natürlich auch als Zahlungsmittel geeignet, und man möchte fast vermuten, daß das sogar die Absicht der Ausgabe ist. In diesem Falle würde es sich um eine über die Emision von Obligationen geleitete riesenhafte Inflation handeln, denn letzten Endes steht hinter diesen Anleihen ja nur das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des Staates. Roosevelt scheint auch selbst vorauszusehen, daß die Ausgabe dieser kleinstenförmigen Anleihen so geplant werden wird, denn er hat sich sofort dagegen verwahrt, daß man "Greenbacks" darin erblicken müßte. "Greenbacks" ist die Bezeichnung für das inflationistische Staatspapiergegel, das die Vereinigten Staaten in den böiger Jahren des 19. Jahrhunderts, gezwungen durch die finanziellen Lasten des Bürgerkrieges, aussgaben.

Die Aneignung der Verfügungsgewalt über alles in den Vereinigten Staaten vorhandene gemünzte und Barrengold soll der Regierung die Mittel verschaffen, um spekulativen Angriffen auf den Kurs der auszugebenden Anleihen begegnen zu können. Das Gold der Bundes-Reserve-Banken wird zur alten Goldparität von 20,67 Dollar je Unze Feingold übernommen, obwohl bereits heute der offizielle Goldankaufpreis 24,35 Dollar ist. Wird der Dollar bis auf 50 Prozent abgewertet, so würde die Basis ein Goldankaufpreis von 41,48 Dollar je Unze sein. Das würde dem Staat bei der Übernahme der Goldbestände einen Gewinn von rund 4 Milliarden Dollar verschaffen, von denen die Hälfte zur Sanierung des Budgets herangezogen werden soll, die restlichen zwei Milliarden sollen einem Ausgleichsfonds zugeführt werden, um damit den Dollarpreis auf den Weltmärkten und den Kurs der Regierungsobligationen an den amerikanischen Börsen führen zu können.

Damit schließt sich der Kreis dieses ungeheuerlichen, aber auch außerordentlich gefährlichen Währungsplans, von dem nach dem Urteil der nüchternen Londoner City nur eines sicher ist: daß er nämlich die vom Dollar ausgehende Beunruhigung der Weltwirtschaft nicht beendet, weil er dem Präsidenten nach wie vor die Möglichkeit gibt, den Dollarwert zu manipulieren, und daß er außerdem eine neue Angriffsweise Amerikas im handelspolitischen Kampf um die Warenmärkte darstellt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 18. Januar auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zinsatz der Bank Polski beträgt 5% der Lombardzins 6%.

Der Zloty am 17. Januar. Danzig: Überweisung 57,80 bis 59,92, bar 7,82–57,95. Berlin: Überweisung gr. Scheine 46,925 bis 47,325. Prag: Überweisung 38,00. Wien: Überweisung 79,20. Paris: Überweisung —. Zürich: Überweisung 58,10. Mailand: Überweisung —. London: Überweisung 27,93.

Warschauer Börse vom 17. Januar. Umsatz, Verkauf – Kaut. Belgien 123,75, 124,06 — 123,44. Elgarad — Budapest —. Bułgarien —, Danzig —, Helsinki —, Spanien —, Holland 357,60, 358,50 — 356,70. Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 28,12, 28,26 — 27,98. New York 5,48, 5,51 — 5,45. Oslo —, Paris 34,89, 34,98 — 34,80. Brag 26,43, 26,49 — 26,37. Riga —, Sofia —, Stockholm 145,15, 145,90 — 144,40. Schweiz 172,17, 172,60 — 171,74. Tallin —, Wien —, Italien —. Freihandelsturs der Reichsmark 211,60.

Berlin, 17. Januar. Amtl. Devisenkurie. New York 2,607—2,613. London 13,295—13,265. Holland 168,73—169,07. Norwegen 66,53 bis 66,67. Schweden 68,28—68,42. Belgien 58,34—58,46. Italien 22,00 bis 22,04. Frankreich 16,44—16,48. Schweiz 81,12—81,28. Prag 12,455 bis 12,475. Wien 47,20—47,30. Danzig 81,44—81,60. Warschau 47,125—47,325.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,40 —, do. Kanada 5,40 Zl., 1 Pf. Sterling 27,86 Zl., 100 Schweizer Franken 171,49 Zl., 100 franz. Franken 34,75 Zl., 100 deutsche Mark 209,00 Zl., 100 Danziger Gulden 172,22 Zl., Ital. Lire 46,32 Zl., Belgisch Belgas 123,25 Zl., holländischer Gulden 356,20 Zl.

Produktionsmarkt.
Amtliche Notierungen der Bojener Getreidebörsen vom 17. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:
Transaktionspreise:
Roggen 645 to 14,75
30 to 14,68½
60 to 14,70
15 to 14,65

Richtpreise:
Weizen 17,75—18,25
Roggen 14,50—14,75
Gerste 695—705 kg 14,25—14,50
Gerste 675—685 kg 13,75—14,00
Braunerste 15,00—15,75
Hafer 12,00—12,25
Rutterhafer —
Roggenmehl (65%) 19,50—21,00
Weizenmehl (65%) 26,50—30,50
Weizengelb 10,75—11,50
Weizengelb (groß) 10,25—11,00
Roggenkleie 45,00—46,00
Sommerweide 14,00—15,00
Belutschien 14,00—15,00
Vittoriaerbien 22,00—26,00
Folgererbien 21,00—23,00
Seradella 13,00—14,00
Alee, rot 170,00—220,00
Alee, weiß 70,00—100,00
Alee, schwedisch 90,00—110,00
Alee, gelb, ohne Schalen 90,00—100,00
Seni 33,00—35,00
Weizen- u. Roggenstroh, lose 1,25—1,50
Weizen- u. Roggenstroh, gepréht 1,75—2,00
Hafer- und Gerstenstroh, lose 1,25—1,50
Hafer- und Gerstenstroh, gepréht 1,75—2,00
Heu, lose 5,00—5,25
Heu, gepréht 5,50—6,00
Reheben, lose 6,00—6,25
Reheben, gepréht 6,50—7,00
Blauer Mohn 49,00—54,00
Linfuchen 18,25—19,25
Rapsflocken 15,75—16,25
Sonnenblumenflocken 46—48% 18,25—19,25
Sojaçhrot 22,50—23,00

Gesamtindustrie: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:
Roggen 95 to 14,25—14,50
Weizen 160 to 17,75—18,25
Mahlgerste 105 to 14,50—15,50
Braunerste 45 to 13,50—13,75
Roggenmehl 22 to 21,00—21,75
Weizenmehl 22 to 30,50—32,00
Vittor.-Erbi. 22 to 19,75—20,50
Folger.-Erbi. 22 to 12,00—12,25
Geld-Erbi. 22 to 12,00—12,25
Roggenflocken 47 to 10,50—11,50
Weizenkleie 35 to 12,50—13,50
Weizengelb 35 to 12,50—13,50
Kartoffelflocken 5,00—6,00

Transaktionspreise:
Roggen 14,25—14,50
Weizen 17,75—18,25
Braunerste 14,50—15,50
Hafer 12,00—